

Erstausgabe  
8. DEZ 1929

# Sturm

## Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginzfel u. Dr. Franz Lüdike in Berlin. Verlag Deutscher Stund E.V., Wn.-Charlottenburg 2

Erhebt sich wöchentlich, einmal. Preis: Durch die Post vierteljährlich 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf., u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschlag auf den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 52.

Berlin, 27. Dezember 1929.

10. Jahrg.

### Rückschau auf das Jahr 1929.

Von Bundespräsident Emanuel Ginzfel.

Dem letzten Jahreswechsel hatten wir das Jahr 1929 ein Jahr des Kampfes genannt und vom Jahre 1929 gesagt, daß es ein entscheidungsvolles Jahr werden würde. Das ist es in der Tat geworden. Auf den verschiedensten Gebieten hat es uns Entschädigungen von größter Tragweite gebracht.

Die für das gesamte Vaterland wichtigste war die, daß die gesamte Zone der besetzten westlichen Gebiete von den feindlichen Truppen im Herbst geräumt und schließlich der dritten Zone bei der Weimarer Konferenz im Haag die Räumung bis zum 30. Juni 1930 bestimmt wurde. Damit ist also die grundsätzliche Befreiung des gesamten besetzten rheinischen Gebietes in diesem Jahre zugestanden und die Souveränität Deutschlands wiederhergestellt worden. Es bleibt nur noch die Frage der Zurückgabe des Saargebietes zu regeln. Über auch hier ist grundsätzlich die baldige Zurückgabe, wenn auch nicht ohne Gegenleistungen, seitens Frankreichs zugestanden und es sind im abgelaufenen Jahre die Verhandlungen dieserhalb zwischen Frankreich und Deutschland schon eingeleitet worden.

Die Partier Gattacher-Vorprechung und die Nüchternkonferenz im Haag förderten jedoch den Gesamtplan nicht, der, wie man auch zu ihm stehen mag, jedenfalls eine Entscheidung von weitpolitischer Bedeutung ist. Er brachte endlich eine Feststellung darüber, wieviel und wie lange Deutschland an den Feindbund Kriegsentwädigungen zahlen soll. Es ist natürlich nicht entfernt ferri, wie die Franzosen ursprünglich forderten, indem sie 250 Milliarden verlangten. Die Jahresleistungen betragen auch etwas weniger, als sie nach dem Gesamtplan künftighalten betragen müßten, aber das Deutschland einen Betrag von rund 60 Milliarden ausbringen und nahezu 60 Jahre hindurch fast jährlich Milliarden zur Deckung dieser Summe abführen soll, ist eine so horrende Forderung, daß kein Mensch im Ernst glauben kann, Deutschland werde wirklich zwei Generationen hindurch sich diese Schandschuld gefallen lassen und werde so horrende Summen der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Volksvermögen entziehen können, ohne daß seine Wirtschaft an Auszehung zugrunde geht. Nur weil der Feindbund sich auf Grund der Kriegserwädigungen von neuem in Deutschland gegenüber in ein auf die Dauer gänzlich unballobares Verhältnis gebracht und der Welt einreden verlust hat, Deutschland allein wäre am Kriege schuldig und müßte alle Opfer, die die anderen Kriegführenden gebracht haben, bezahlen, ist der Weisheit der Einbindungsforderungen möglich geworden. Die raffinierten Bindungen, die sich Deutschland im Schonvertrag von Versailles gefallen lassen mußte, erklären es auch, daß es den deutschen Regierungen, wie sie auch zusammengefaßt waren, nur Schritt für Schritt möglich gewesen ist, die uns unangenehm sein zu läßt. Dieser langwierigen Entlassung des deutschen Krieges mußten die feindlichen Mächte, ob sie wollten oder

nicht, zulassen, weil die Verhältnisse sonst von selbst zu Katastrophen geführt hätten, die jede weitere Erfüllungspolitik gefährdet oder unmöglich gemacht hätten. Es muß das Befahren des deutschen Volkes sein, auch weiterhin mit allen Mitteln sich von den ungeheuren Leistungen zu befreien, die ihm zugemutet werden. Je weniger es in dieser Frage den Feinden entgegentritt, um so größer wird sein Erfolg sein und um so früher wird es möglich sein, sich von den ungeheuerlichen Kosten zu befreien, die wir durch den Gesamtplan freiwillig übernommen hatten. In dieser Hinsicht aber fehlt es heute mehr denn je. Der Kampf, den die Parteien gegeneinander führen, ist zu immer leidenschaftlicherer Heftigkeit entbrannt und gewährt dem Vaterlandsfreunde einen geradezu trostlosen Anblick, so daß die Parteimildigkeit immer weitere Kreise ergreift und sich ernsthaftest Befürchtungen geltend machen, eine Verteilung des Volkes in neuen Formen und mit neuem Geiste herbeizuführen. Im Jahre 1929 war noch keine endgültigen Entschädigungen, aber entscheidende Anläufe gebracht.

Entschädigungsoll, wenn auch leider im ungünstigen Sinne, war das abgelaufenen Jahr auch für die deutsche Wirtschaft. Die Berliner Industrie- und Handelskammer sagt in ihrem bereits erzielten der Resolution noch kein Jahr für die letzten Jahresbericht, daß die Wirtschaft noch kein Jahr so schwer gewesen sei wie 1929. Das ist richtig und ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß es der Landwirtschaft, der größten Stütze des inneren Marktes, noch schärfer ertragen ist wie Industrie und Handel, so daß der wenigen Sägen der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Dr. Hilferding erklären mußte: „Daß es der Landwirtschaft zum Sterben schadet gebe, habe ich zweifellos sei, daß alle Parteien darüber einig sind und daß sie alle entschlossen seien, zu helfen. Daß es bei dieser Lage dem Handwerk natürlich erst recht schadet geht, bedarf keines Beweises. Alle Rationalisierungsmaßnahmen haben die Verelendung unseres Wirtschaftslebens, die zurückzuführen ist auf den fortgesetzten unangenehmlichen Überfall jugentens des Feindbundes, nicht aufhalten können. Weil mir bisher jährlich 4 Milliarden aus Ausland abgeführt haben, indem wir in dieser Höhe mehr Waren exportiert als ausgeführt haben, und weil mir die Leistungen an den Feindbund nicht von den Erträgen der Arbeit befreiten konnten, sondern mit im Ausland aufgenommenen 15 Milliarden bezahlt haben, sind wir in eine Kreditkrisis gekommen, die am Ende des Jahres so katastrophale Formen annahm, daß sie beinahe zu einer Staatskrisis geführt hätte. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat einen Kredit, den das Reichsfinanzministerium zur Begleichung seines Kassenbedarfs bei der Firma Wilson Müll & Co. in New York aufnehmen wollte, unmöglich gemacht und dafür gefordert, daß die deutschen Banken mit Unterstützung der Reichsbank einen Kredit von 350 Millionen, aber zu höheren Zinsen, geben. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat einen Kredit, den das Reichsfinanzministerium zur Begleichung seines Kassenbedarfs bei der Firma Wilson Müll & Co. in New York aufnehmen wollte, unmöglich gemacht und dafür gefordert, daß die deutschen Banken mit Unterstützung der Reichsbank einen Kredit von 350 Millionen, aber zu höheren Zinsen, geben. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat einen Kredit, den das Reichsfinanzministerium zur Begleichung seines Kassenbedarfs bei der Firma Wilson Müll & Co. in New York aufnehmen wollte, unmöglich gemacht und dafür gefordert, daß die deutschen Banken mit Unterstützung der Reichsbank einen Kredit von 350 Millionen, aber zu höheren Zinsen, geben. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat einen Kredit, den das Reichsfinanzministerium zur Begleichung seines Kassenbedarfs bei der Firma Wilson Müll & Co. in New York aufnehmen wollte, unmöglich gemacht und dafür gefordert, daß die deutschen Banken mit Unterstützung der Reichsbank einen Kredit von 350 Millionen, aber zu höheren Zinsen, geben.“



Die Kirche in Soltau nach ihrer Erneuerung. (Text siehe Seite 651.)

„Östlichen Weltung“ Georg Bernhardt, in diesem Blatte tut —, daß die Firma Morgan in New York, die in Dillon Reid & Co. einen Emporkömmling sieht, über Parker Gilbert und Dr. Schaaf das Syndikat über den Silberlagern Verbindungen mit Dillon Reid & Co. umschließt gemacht hat, indem Morgan und Parker Gilbert den Silberland Transact durch die Behauptung aufgekauft haben, eine neue deutsche Anleihe von 400 Millionen in Amerika würde den Weltmarkt umgänglich machen für die Mobilisierung der nächsten deutschen Jahresleistungen an den Seindband. Was an diesen Behauptungen richtig ist, mag dahingestellt bleiben. Soviel ist jedenfalls klar, daß dieser Fall nun besonders deutlich zeigt, daß in Wirklichkeit heute das internationale Bankenkapital regiert und daß die Regierungen wenig oder gar keine Möglichkeiten haben, diesen Finanzdiktatoren der Welt Widerstand entgegenzusetzen, weil die Finanzmagnaten sonst einfach den Hebel jähren und die wirtschaftlichen Katastrophen dem auf dem Wege folgen müßten. Wenn irgendwo des Zeugnisses nun eine Weltbank aufkommt nicht, so werden diese unheilvollen Zustände für alle Welt noch sichtbar. Diese Gewalt Herrschaft das Bankkapitals muß notwendigerweise die sozialistischen und kommunikativen Agitationsmethoden gegen den Kapitalismus stärken, zumal die praktische Wirkung sich auch in anderer Weise deutlich äußert hat. Reichbankpräsident Dr. Schmidt hat auch der Stadt Berlin bekanntlich die Aufnahme einer größeren Auslandsanleihe unmöglich gemacht. Sie war notwendig geworden durch die alles Maß übersteigende Mißwirtschaft, die in gewissen Teilen der Berliner Stadterhaltung eingetreten war und die in der Skizze von Fjäre, bei der die Stadt etwa 11 Millionen verliert durch die Erhaltung, ist ein Monopol für Kriegerleistungen usw. übertragen hatte, ihren Höhepunkt erreichte. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat die Stadterhaltung Berlins unter Kontrolle gestellt, indem er verboten hat, bis auf weiteres irgendetwas von ihm nicht genehmigte Ausgabe zu machen, und indem er Herrn Bürgermeister Dr. Scholz persönlich dafür verantwortlich macht, ihn also in gewisser Sinne zum Staatskommissar der Aufsichtsbehörde gemacht hat. Gleiches hat der preussische Minister des Innern einen Erlass an alle Städte erlassen, in dem er verboten hat, weiterhin ungedeckte Ausgaben zu machen. Die Selbstverwaltung der Stadt Berlin ist also in ihrem weitgehendsten Erlass praktisch aufgehoben, und wenn die Stadt nicht sehr bald obigen Mißverfall und einen Beschluß des Städtetages beschließen, der größte Sparplan

### Das Rathaus in Soltau nach der Erneuerung.

(Zur Seite 654.)

fortsetzt, so wird es auch um die Selbstverwaltung der anderen Städte sehr bald beendet sein. Wie das deutsche Bürgerinn handelt es sich dabei um ein solches Gut. Auf die Dauer der Selbstverwaltung der Städte nicht ausgeübt oder übertrieben eingeschränkt werden. Das Draußenwirtschaften vieler Verwaltungsglieder der öffentlichen Hand, das wir seit der Revolution erleben und das nicht nur mitwichtig ist an der übertriebenen Veranschaulichung Deutschlands aus dem Ausland, sondern auch an der Verwahrlosung der Gemeinden, muß aber unter allen Umständen endlich aufhören. Können sich die Männer der Selbstverwaltung dazu nicht entschließen, so muß eben die Aufsichtsbehörde für Ordnung sorgen. Sie muß auf der einen Seite dem Luxus entgegenzutreten, den sich in vieler Hinsicht die Gemeinden leisten, so denn Berlin eine Anzahl Schilbauten plant, deren Veranschlagung 6 bis 12 Millionen kosten soll, und sie muß andererseits dafür sorgen, daß das Geld für Dinge verwendet wird, wofür es sehr viel notwendiger gebraucht wird, beispielsweise für Errichtung neuer Wohnungen, um das ungeheure Wohnungsengpaß zu lindern, zu dessen Beseitigung auch in Berlin viel zu wenig getan wird, und um eben den ersten Mannern der Selbstverwaltung die Pflicht, insbesondere auch den Bedrängten, durch Vermehrung von Mitteln nicht nur aus Not und Elend zu helfen, sondern ihnen durch billige Kredite die Erhaltung ihrer Existenz über die Aufschwüfung einer solchen zu ermöglichen. In dieser Beziehung haben sich die Gemeinden um die große Krise um ein wenig ihrer Pflicht, die sie nach dem verlorenen Kriege und nach der Inflation gehabt haben, bisher so gut wie gar nicht gekümmert. Was hätte sich in der Beziehung mit den 11 Millionen, die die Skizze der Berliner Stadtkasse gekostet haben, und mit der Erparnis sehr viel größerer Mittel, die durch die Sparmaßnahmen erzielt werden können, und allseitige sorgfältige Aufwendungen vertan worden sind, alles tun lassen möchte hier das neue Jahr neue Erparnisse und neue Entschlüsse bringen. Möchte es eine Zeit andauern lassen, in dem man wirkliches Sozialgefühl, d. h. innere Teilnahme an dem Los der

Hilfsbedürftigen zeigt und mitleidig blickt. So ließe sich auch in einer kapitalistischen Zeit wie der unseren jeher viel mehr als bisher tun, wenn man partionier und darauf bedacht wäre, das vorhandene Geld rationeller und produktiver zu verwenden.

Im Zusammenhang mit dem Zeugniss sind im letzten Jahre wichtige Entscheidungen auch in bezug auf deutsch-polnische Fragen getroffen worden. Das Finanzabkommen mit Polen sieht vor, daß Polen die Liquidation des Eigentums von Deutschen in den abgetretenen Gebieten einschließlich Ostpreußen vom 1. September 1920 ab einstellt, wodurch rund 50 000 Hektar in Werte von 50 bis 60 Millionen aus der Gefahr, im Zuge der Liquidation politischer Verhältnisse, befreit werden, wenn Polen diese Abmachungen nicht einfach umgeht, was ja leider in vielen Fällen befristet werden muß. Es sieht ferner vor, daß gegenüber 12 000 deutschen Familien das polnische Vorkaufsrecht nicht ausüben soll, wenn die Befreiung in Erbehung auf die Frau, die Kinder oder Kindesbrüder, auf Geschwister oder deren Kinder übergehen soll. Dadurch könnte zweifellos eine starke Verarmung des Deutschen jenseits der Grenze aus der Welt gehoben werden, wenn nicht auch bezüglich des letzteren Punktes die Polen durch Vorbehalte ihre Zugewandnisse leicht illusorisch machen können, vor allem durch die von ihnen verlangte Einschränkung, daß das Vorkaufsrecht bei in Kraft tritt auch in diesen Fällen, wenn der Besizer wegen eines Vertriebens oder auch nur wegen eines Vergehens vorbestraft ist. Andererseits ist Deutschland auf alle Ansprüche verzichtet, die es als Staat gegen die polnische Republik hat, was umgekehrt auch diese auf alle ihre Forderungen gegenüber Deutschland verzichtet hat, wobei Deutschland etwa auf den persönlichen Betrag dessen verzichtet, was Polen selbständig aus dem internationalen Gericht zugunsten werden sein würde. Deutschland hat weiter die Entscheidung aller derjenigen Deutschen übernommen, die Ansprüche an den polnischen Staat wegen direkter oder indirekter Liquidation haben. Wie die Dinge auch laufen werden, so unentschieden es keinem Zweifel, daß Deutschland mit diesem Abkommen, das doch nicht restlos in dem ursprünglichen Sinne erfüllt werden kann, einen Ort zugewandnen Polen bringen muß, wenn es angenommen wird. Der Gesandte Zauscher, der es abgeschlossen hat, hoffte, schon wenige Tage später auch einen Ort zugewandnen Polen bringen zu können. Um dieser Frage nach aber das ablaufende Jahr noch keine Entscheidung gebracht. Aus dem erneuten Stocken der Verhandlungen geht hervor, daß Polen nicht nur die Erfüllung seiner Ansprüche bezüglich der Getreide-, Schweine- und Kohlenausfuhr nach Deutschland befehligt, daß aber die

deutsche Regierung nach wie vor entschlossen ist, die übertriebenen Forderungen Polens nicht in dem gewünschten Umfang erfüllen, weil dadurch die deutsche Wirtschaft den schweren Schäden erliden und die Wirtschaft des deutschen Ostens grauen ruiniert werden würde. Wir halten es an sich für durchaus wünschenswert, daß was das neue Jahr einen Handelsvertrag mit Polen bringt. Der muß dann aber die beiderseitigen Interessen derart ausgleichen, daß Landwirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk unseres Ostens durch den Vertrag nicht Schaden leiden, sondern im Gegenteil einen wesentlichen Nutzen davon haben, und es muß ferner vor allem eine Regelung des Zollerfassungsrechtes der Deutschen in Polen bringen, die unseren Interessen, insbesondere auch den Wünschen der Ostpolen und Brandenburg entspricht.

Für Wirtschaft und Kultur der deutschen Ostprovinzen hat das ablaufende Jahr ebenfalls eine wichtige Entscheidung gebracht. Insofern, als Staat und Reich sich auf einen Plan geeinigt haben, der einige hundert Millionen für die wirtschaftliche Förderung und in gewissem Sinne auch für die kulturelle Hebung aller Teile Ostprovinzen vorsieht. Die Durchführung der damit verbundenen Maßnahmen ist allerdings des ganzen Jahres hindurch in diesem Plan besteht darin, daß die Reichs- und die preussische Staatsregierung nicht grundsätzlich anerkennen, daß eine wirkliche Hilfe für die Ostprovinzen, die durch Störung der neuen Grenze ihr hinterland und ihre Abgabengebiete verloren haben, oder die, wie Ostpreußen, gar noch Mutterlande ganz losgerissen sind, nur möglich ist, wenn die wirtschaftlichen des ganzen Jahres hindurch in Ostpreußen durchgeführt werden ist, mit neuem Mut durchtränkt wird, daß man nicht durch vereinzelte Maßnahmen, die einzelnen Kreisen und Städten oder Provinzen zugute kommen, mit Aussicht auf dauernden Erfolg helfen kann, sondern daß die Produktionskraft aller Erwerbstätigen des ganzen Ostens systematisch zu entwickeln werden müssen, indem die besonderen Arbeitskräfte des Ostens berücksichtigt werden, das Verkehrsnetz des Ostens mit seiner blutigen Grenze neu- und umgestaltet wird, in der Frage der Staatlichkeit die Konkurrenzfähigkeit der östlichen Wirtschaft wieder hergestellt und gefördert wird und auch

lont die besonderen Verhältnisse des Ostens ausreißend und beläsend hinreichend werden. Die Frage, wie man sie jetzt lösen kann, künftigen. Wir begrüßen daher die Wendung, die das vergangene Jahr in dieser Frage gebracht hat, sind uns aber klar darüber, daß dem Osten mit einem papierenen Programm und mit Versprechungen, von denen er wirklich schon die Fülle und Fülle erhalten hat, nicht geholfen ist, wenn nicht die größtverzügliche Durchführung der Vermögens- und Sicherungsgrößen der Ostprovinzen notwendig und notwendig Maßnahmen erfolgt. Ist die Kredit-, Arbeits- und Absatznot des deutschen Ostens erst beboben, dann wird sich ganz von selber auch das kulturelle Leben des Ostens durch die Stürze der Städte und Kreise und ihrer Einwohner wieder beben, wenn auch natürlich infolge der eingerissenen Notstände immer Mittel des Lebens und des Staates auch dazu notwendig sein werden, wie sie es auch, so lange hier das Elend der Bevölkerung und der körperlichen Augenabwärtigung, auch in der Volkserziehung benötigt worden sind.

So ist 1929 in der Entwicklung des Vaterlandes und besonders auch für unseren Osten ein bemerkenswertes Jahr geworden. Schmerzlich mußte die Not der Zeit auf unseren ganzen Volks, ganz besonders aber auf unseren Osten, schweben. So doch, so tolle hier das Elend sich breit machen und die Bevölkerung sich der Verarmung hingeben. Die Abwanderung aus den Ostprovinzen nahm in erschreckender Weise zu. Das Potential glaubte infolge dessen die Zeit gekommen zu neuen Vorhaben dieser Art. Am höchsten trat das in der Entwicklung des Ostens, die sich auch auf die Ostprovinzen betraf, in polnische Hände, und vor allem durch die Erich-

## Ein Reichskommissar für den Osten.

Am Zusammenhang mit dem bekannten Plan der Reichs- und Staatsregierung für eine Osthilfe zum Besten aller Ostprovinzen tritt nun auch die „Schlesische Zeitung“ nachdrücklich dafür ein, daß, wenn schon kein Reichsminister für die Ostgebiete errichtet wird, wenigstens ein Reichskommissar für alle Ostprovinzen ernannt werde, während bis jetzt bekanntlich nur der Ostpreußen der Herr von Rosenberg nur ein Staatskommissar für Ostpreußen besteht.

Auch wir haben bekanntlich seit jeder betont, daß das Leben- und Aufeinander der verschiedenen Reichs- und Staatsministerien bei der Wendung der Ostfrage verlangsamt und hinderlich ist und daß nur ein Kommissar für die dadurch immer wieder eintretenden Schwierigkeiten befähigt ist, die in der Ostfrage einwirken, und die in der Reichsregierung und im Reichstag immer wieder in die Erscheinung tretenden überzähligen Einflüsse des Westens, die die jetzt jede dauernde systematische Osthilfe verlangen haben, zu mildern und auf ihren berechtigten Umfang zurückzuführen. Zu verkennen ist freilich nicht, daß einem solchen Plan auch große Schwierigkeiten im Wege stehen, die sich nicht allein aus dem Organ an sich, sondern aus der Arbeit und die Zuständigkeitsfrage. Zu berücksichtigen bleibt ferner, daß eine wirklich durchgreifende und wirksame Tätigkeit nur

## Die Vertreter der Arbeiterschaft beim Reichsfinanzminister.

Freitag den 20. Dezember fand der vom Herrn Reichsfinanzminister Dr. Hilferding vorgesehene Empfang der Vertreter der Arbeiterschaft der Ausschüsse der Reichsregierung für Kriegs- und Vermögensfragen im Reichstagsgebäude des Reichstages statt. Herr Dr. Hilferding hat nur den Empfang und eine Sitzung vorzuziehen, die er mit den Vertretern der Arbeiterschaft über die Angelegenheiten der Arbeiterschaft zu besprechen zu können. Es ist anzuerkennen, daß Herr Dr. Hilferding an dem vorgesehene Empfang teilnahm, obwohl die drängenden Angelegenheiten im Kabinett und mit den Herren Reichsministeren, die er sich an dem Tag angenommen war und er sich damals schon mit der Frage seiner Arbeit beschäftigt. In dem Bericht der Herren Reichsministerialdirektoren von den Regierungsräten von der Arbeiterschaft der Arbeiterschaft dem Herrn Reichsfinanzminister die Wünsche der Arbeiterschaft vor und stellen zur Klärung wichtiger Angelegenheiten bestimmte Fragen an den Herrn Minister. Wie er Gesagtes zu sein, so begrüßte, dem Reichsfinanzminister Reiter, von Anfang an die Vertreter der Arbeiterschaft entgegenkommen, offen und vertrauensvoll behandelt hat, so gab er aber nicht bereitwillig, wenn auch nun Zeit zur vertraulichen, Auskunft, soweit ihm nicht schwerwiegende internationale Verbindungen Schwerkraft auferlegten.

Im Rahmen der Arbeiterschaft wurde derart getätigt, was die Vertreter der Arbeiterschaft bezogen habe, eine persönliche Ansprache zu erbiten, wurden von anderen Rednern Einzelfragen ertört. Der Gouverneur Hahl ging zunächst auf das Sofortprogramm der Arbeiterschaft in der Entschädigungsfrage ein, das im Zusammenhang mit dem Entschädigungsverfahren und über den Zustand des Entschädigungsverfahrens und über den Zustand des Entschädigungsverfahrens und betonte, daß die Arbeiterschaft als selbstverständlich betrachte, daß, wenn ein nennenswerter Teil des letzteren verbleibt, dieser nun verwendet werden darf für die Beschäftigten, die unter das Kriegsbeschädigtengesetz fallen. Die Antwort darauf behauptete die Arbeiterschaft, daß, ein Genueses über die Höhe des verbleibenden Restes, nicht, im Zusammenhang mit der letzten Frage konnte der Herr Minister eine genaue Auskunft auch jetzt noch nicht geben. Er teilte die letzten Zahlen des Präsidenten des Reichsentschädigungsamtes über den augenblicklichen

Stand des polnischen Minderheitsschulen in den Ostprovinzen an. Die Arbeiterschaft hat diesen Angaben über die Selbstbehauptung des Deutschen in den Ostprovinzen und verbleibenden Osten höchste Aufmerksamkeit und für die Wahrung der deutschen Interessen.

Das Jahr 1929 hat uns in der mannigfachen Weise besonders einbringlich bewiesen, wie schwierig die Lage unseres Vaterlandes nach Innen und Außen noch immer ist. Es hat uns geradezu veranlaßt, die Arbeiterschaft innen- und außenpolitische Forderungen zu stellen. Es hat uns aber nicht zurückgelassen, sondern als ein Jahr folgenreicher Entscheidung, die Arbeiterschaft neuer Entwicklung geben. So können wir auf das abgelaufene Jahr zurückblicken als auf eine Zeit schwerster und schlimmster Not, können aber zugleich auch die Hoffnung schöpfen, daß, wenn wir die richtigen Lehren aus dem, was wir erlebt und erlitten haben, ziehen, langsam aber sicher wieder neuert kommen, sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht.

Sorgen wir dafür, daß mit dieser Neuentwicklung auch eine innere Erneuerung unseres Volkstums sich verbindet, dann werden wir aus innerer Kraft die Unüberwindlichkeit eines 65-Millionen-Volkes noch härker als bisher an dem Tag legen können, werden unsere Rolle im Rate der Völker und in der Weltwirtschaft Schritt für Schritt zurückgewinnen und werden aus Leid und Not den Frieden und die Zukunft und die Kraft zum Weiterbestehen erlangen und fördern.

möglich ist, wenn als Reichskommissar eine ganz besonders geeignete und erfahrene Persönlichkeit gewonnen würde, ein Mann, der sich nach oben wie nach unten hin durchsetzen vermag und durch Vertretung der berechtigten Wünsche der einzelnen Ostprovinzen und der notwendigen Bevorratung besonders gefährdeter Gebiete sich das Vertrauen der Bevölkerung dieser Gebiete erringt, ohne dadurch das Vertrauen der anderen Gebiete zu verlieren. Nachdem die amtlichen Stellen schon das weitaus einen besonderen Reichs- und Staatskommissar für Ostpreußen bestellt haben, haben sie sich selbst gegeben, ein solches Amt an sich. Ein Staatskommissar für den ganzen Osten müßte nur wesentlich andere Befugnisse haben wie der jetztige Reichs- und Staatskommissar für Ostpreußen, er müßte im Rahmen des Reichs- und Staatsministeriums zu erteilen, die Befugnisse des Reichs- und Staatskommissars für Ostpreußen, die er nicht nur mancher Menschen, sondern ganzer Gebiete abhängt, zu langsam und zu schleppend erledigt werden.

Stand des Entschädigungsverfahrens mit. Voraus sich hervor, daß an Schuldbeiträgen noch etwa 14 Millionen vorhanden sind, daß aber noch eine größere Anzahl von Fällen un- erledigt ist, darunter solche, bei denen es sich im Falle der Anrechnung um große Entschädigungen handelt, die sich nicht nur zu erwarten, daß eine größere Summe übrigbleibt. Aus dem Betrage für Vorbereitungen ist jedenfalls kein Überschuß zu erwarten. Beim Härtefällen sind noch rund 6 Millionen vorhanden, und da hier noch eine größere Anzahl von Beihilfe-Anträgen zu erledigen ist, werde auch hier kein nennenswerter Betrag übrigbleiben. Wegen des Grund- tages, daß nennenswerter Überschuß nicht zu erwarten ist, ist die schließliche fallenden Entschädigten zukommen dürfen, wurde kein Widerspruch erhoben.

Die Ausrede drohte sich dann um die Verzögerung der Schuldbeiträge von der Kapitalertragssteuer. Durch die Finanzreform soll bei der Ausgabe von künftigen Schuldbeiträgen, Handwerker als die Kapitalertragssteuer in Vorteil kommen. Herr Gouverneur Hahl machte geltend, daß, wenn so verfahren werde, die noch ausstehenden Schuldbeiträgen der Kapitalertragssteuer und Gewaltschuldigen von der Kapitalertragssteuer frei wären, während die bereits Entschädigten sie hätten tragen müssen. Das würde ungünstig für die Arbeiterschaft sein. Herr Dr. Hilferding erkannte die Bedrückung der Arbeiterschaft an und sagte zu, daß die Frage noch einmal erörtern werden soll. Eine bindebende Zulage könne er natürlich nicht geben.

Weiter wurde namens der Arbeiterschaft der Wunsch geltend gemacht, daß die bis 1942 zu erwartende Einkommensteuer auf die Arbeiterschaft zu lasten der Arbeiterschaft werden müßten, um sie für den Wiederaufbau nutzbar zu machen. Dieser Wunsch nahm der Herr Minister zur Kenntnis, ohne dazu Stellung zu nehmen.

Herr Gouverneur Hahl vertat dann die Forderung der Arbeiterschaft, daß im Zusammenhang mit der Finanzreform des Reichs und des Vermögensplan die Einkommensteuer der Arbeiterschaft Folge gegeben werden müßte, monch bei der einheitlichen Regelung der Reparationen die unzulänglichen Entschädigungen des Kriegsbeschädigtengesetzes erhöht werden sollten. Der Herr Minister und seine Vertreter wiesen demgegen-

über auf die Sinnfrage des Reiches hin und machten ihre Bedenken gegen eine Realisierung der Entschädigungsfrage zum jetzigen Zeitpunkt geltend. Demgegenüber wiesen die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft, insbesondere auch Bundespräsident Gieseler, mit allem Nachdruck darauf hin, daß es nur eine selbstverständliche Pflicht der Arbeitsgemeinschaft sei, von der Regierung die Berücksichtigung der erwähnten Entschädigung des Reiches zu verlangen, daß die Frage der Erhebung der bisher geschuldeten Entschädigungen wenigstens dem Grunde nach auf Grund der Erörterungen des Finanzplans bei der Finanzreform berücksichtigt werden müsse, daß die Regelung im einzelnen dann ja noch vorbehalten werden könne.

Herr Rechtsanwalt Dr. Bitter ging auf die Freigabe der englischen Liquidationsüberschüsse ein, während Herr Rechtsanwalt Dr. Weil Fragen erörterte, die im Zusammenhang mit der Liquidation deutscher Vermögen in Frankreich stehen. Hier erklärte der Minister, in wesentlichen Punkten nicht Auskunft geben zu können, weil die schwebenden Verhandlungen von allen Seiten geheim gehalten werden sollen. Somit wird jedoch diese Schwebepunkte festgestellt, geben der Herr Minister und seine Vertreter Auskunft. Sie nahmen ferner Wünsche der Arbeitsgemeinschaft entgegen. Die Arbeitsgemeinschaft machte solche insbesondere gegen das Verhalten des englischen Schatzkassiers Snowden in der Frage der Freigabe mit allem Nachdruck geltend.

Bundespräsident Gieseler erörterte dann einzelne Fragen, die mit dem durch den Finanzplan in Aussicht genommenen Zusammenhang, insbesondere die Frage der weiteren Gehaltszahlung des Abkommens, die Frage der Ausübung des Widerkaufsrechts seitens des politischen Staates, die Frage, wie die Regelung der von Deutschland zu übernehmenden Entschädigungen erfolgen soll, ferner die Frage der Schaffung eines Rechts- bzw. Widerspruches der Geschädigten, die Frage der Arbeitnehmersteuer usw. Die Fragen wurden eingehend besprochen, doch entziehen sich die meisten zum Teil der öffentlichen Übertragung an. Somit ist etwa sprachliche Auseinandersetzung mit Herrn Reichsfinanzminister Dr. Hilferding und den zuständigen Beamten seines Ministeriums betreffend solche Einzelheiten, über die zurzeit ebenfalls noch nicht öffentlich gesprochen werden kann, und vertief in gansen in anregender, nützlicher Weise.

Herr Dr. Hilferding ist imwieweil von seinem Amt zurückgetreten, weil er sich mit Herrn Staatssekretär Dr. Popitz, der wegen der Anleiheverhandlungen zum Rücktritt gezwungen war, folgendermaßen erklärt hat: Diese Aufgabe nimmt dem Empfang der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft nicht ihre Scheitlung und ihren aufkeimenden Wert. Die Arbeitsgemeinschaft wird sich natürlich sehr bald davon überzeugen, daß der neue Reichsfinanzminister in den erörterten Punkten gegenüber seinem Vorgänger keine abweichende Haltung einnimmt.

Mit Herrn Staatssekretär Dr. Popitz scheidet ein Mann aus dem Reichsfinanzministerium, der unter allen Finanzministern der letzten zehn Jahre einen dominierenden Einfluß gehabt hat. Er mag ein sehr

tätiger Beamter und guter Vertreter des Siskus gewesen sein, die die Verdrängten am 1. Februar die Verkörperung derselben Sachlichkeit und eines unangenehmen Bürokratismus. Ob er Verständnis für die Not der Verdrängten und Liquidationsgeschädigten und für die Tragödie des Grenz- und Auslandsbesitzums besessen hat, wissen wir nicht; gemerkt haben jedenfalls die Vertreter der Geschädigten davon niemals etwas.

### Steuer-Amnestie für Verdrängte.

Man schreibt uns: Ob den Verdrängtenfraktionen bekannt, daß Verdrängte und Liquidationsgeschädigte, auch wenn sie exilios und verzagt sind, seit Jahren (1924) mit Steuerforderungen von den Finanzämtern verfolgt und gemartert werden, indem vor ihnen notwendig Summen verlangt werden, die diese Steuerpflichtigen weder besitzen noch jemals werden verdienen und erlösen können? Wozu schießt man derartige uneintretbare Forderungen unter großem Kostenaufwand des öffentlichen und privaten Apparats jährelang weiter, droht es täglich und stündlich diese gewählten Menschen mit Zwangsmaßnahmen und Wegnahme ihrer gerieteten letzten Habe an ihrem Heerde und Selbstgenahme, und Wiedererhebung der geringen Reichsentschädigung, die ihnen zur Erhaltung der schuldbelasteten Existenz durch langfristige, zurzeit kaum vermehrbare Schuldanhörungen (Wert 6 v. H.) gegeben worden ist?

Es gab doch schon einmal eine Steuer-Amnestie, einen Generalpardon! Warum wird nicht gerade jetzt ein solcher Antrag eingebracht, damit diese Menschen und viele andere wieder zum Leben erwachen und sich ausleben können? Man kann sich vorstellen, daß nicht mehr laagen, es lohnt sich nicht zu arbeiten, da wir doch nur für den Gerichtsvollzieher schaffen würden.

### Rachspiel zum Langkopps-Prozess.

Vangopp! Die erhaltene Entschädigungen zurückhaben.

Durch Zurücknahme der Verurteilung war das Urteil gegen den Farmer Vangopp (5 Monate Gefängnis) rechtskräftig geworden. Daraufhin hat das Reichsentschädigungsamt von Vangopp die Zurückerstattung aller bisher empfangenen Entschädigungslösungen in Höhe von 9000 Mark verlangt, nachdem es schon vorher seinen meiste Schadensersatzansprüche abgemittelt hatte. Dieses Vorgehen des Reichsentschädigungsamtes ist zurückzuführen auf die Bestimmung des § 12 Absatz des Kriegsschadengesetzes, wonach die Entschädigung nur verloren hat, zurückzuführen ist, wenn jemand zur Erlangung der Entschädigung unlaute Mittel wie Täuschung, Fälschung, Bestechung angewandt oder groß fahrlässig und irreführende Mitteilungen gemacht hat. Gegen die angebotenen Zwangsmaßnahmen hat der Rechtsanwalt Langkopps, Dr. Frey, ein Gesuch an das Entschädigungsamt gerichtet, aus besonderen Billigkeitsgründen die Rückzahlungsansprüche zu erlassen.

## Die Preisgabe der englischen Liquidations-Überschüsse.

Englischen Leistungen zufolge ist zwischen Deutschland und England eine Einigung wegen der englischen Liquidationsüberschüsse abgeschlossen. Danach gilt: England die rund 300 Millionen Liquidationsüberschüsse, die es Deutschland ausgeben müßte, nicht heraus. Infolgedessen werden natürlich Kanada und die anderen englischen Dominions die annähernd 200 Millionen Mark betragenden überschüsse auch nicht herausgeben. Deutschland soll einen formellen Bericht auf diese überschüsse stellen müssen. Es ist zu erwarten, daß es für Deutschland nicht leicht ist, England von der 300 bis 400 Millionen Mark zu überzeugen, wenn England jene Wohlstandspflicht, die Liquidationsüberschüsse freizugeben, nicht freiwillig erfüllen will. Wir würden es aber sehr bedauern, wenn Deutschland durch die englische Drohung, daran dem Hauptplan gegebenenfalls scheitern zu lassen, sich dazu bewegen ließe, einen ausdrücklichen Bericht auf die Liquidationsüberschüsse zu erklären. Wenn es schon die Preisgabe dieser Gelder nicht erlangen kann, so sollte es aber wenigstens die Möglichkeit haben, es ausdrücklich noch darauf verzichten. England will dafür in anderen Punkten entgegenkommen. Es wird zunächst das noch nicht liquidierte deutsche Eigentum, das von England beschlagnahmt worden ist, herausgeben, hat aber dabei so bedeutende Vorbehalte gemacht, daß es in der Praxis wahrscheinlich doch in der Lage sein wird, auch in solchen Fällen noch das angeblich schon durch frühere Verhandlungen eingestrichelte Liquidationsvermögen fortzugeben. Wenn man bedenkt, daß fast alle übrigen feindlichen Vermögensgegenstände in der Hand der Sieger sind, und wie Amerika usw., das liquidierte Eigentum den Deutschen bereits bezahlt haben, so ist das Verhalten Englands gar nicht zu verstehen und das oben erwähnte Entgegenkommen von geringem Wert, weil England nach dem Hauptplan sowieso das beschlagnahmte und noch nicht liquidierte deutsche Eigentum herausgeben muß. Wenn England es weiter als Entgegenkommen ansetzt, daß etwa 70 bis 80 Millionen Mark für beschlagnahmte Vermögensgegenstände, die in der Hand der „Privatleuten“ geblieben, freigegeben werden sollen, ist es auch dieses Geschenk nicht hoch zu bewerten, weil diesbezüglich ein Prozeß seitens Amerikas schwebt, den England zweifellos verlieren würde. England will es weiter als Entgegenkommen bewerten haben, daß 100 Millionen Mark, die „aus Billigkeitsgründen“ schon früher von Londoner Kabinett bereitgestellt, aber noch nicht verteilt worden sind, nun reits zur Auszahlung kommen. Einmal kommen diese Zahlungen ausschließlich Selbstgebliebenen und Staatenlosen zugute, und zum andern hat

ja das englische Kabinett diese Zahlungen nach früher beschlossen, so daß ja doch jetzt kein Entgegenkommen für Deutschland und kein Entgelt für den Bericht auf 300 Millionen Liquidationsüberschüsse sind! Daß sich England an dieser letzten Summe, d. h. an deutschem Privateigentum, bereichert, hat diese Privateigentum herauszugeben, und damit dem Grundplan von der Unersetzbarkeit des Privateigentums auch im Kriegsereignis zu seiner Geltung zu verhelfen, ist ein Schandspiel auf dem englischen Namen. Wie sehr das England in Ordnung ist, wenn es in seinen Händen, geht daraus hervor, daß nicht weniger als 120 englische Unterbeamtengehälter ohne Unterbruch der Partei sich in schärfster Weise durch Unterziehung die Zurückbehaltung der deutschen Liquidationsüberschüsse ausgeprochen haben. 6.

### Überweisung ausscheidender Mitglieder.

Jammer wieder machen mit der Erfahrung, daß Caudaleute, die früher Mitglieder einer Ortsgruppe waren, nach ihrem Wegzug an einen anderen Ort den Beitritt in eine neue Ortsgruppe verweigern oder immer wieder hinausgewiesen haben, obwohl sie sich die Mitgliedschaft im Ortsbund für erwünscht und für notwendig halten. Um das zu vermeiden, bitten wir dringend, daß alle Ortsgruppen, in denen das noch nicht üblich sein sollte, künftig alle wegen Wegzuges ausscheidenden Caudaleute von sich aus der für den neuen Wohnort zuständigen Ortsgruppe überweisen. Auf diese Weise ist der Reuekommene bei der neuen Ortsgruppe von vornherein eingeführt, und wenn er im Falle des Umzuges die rechtzeitige Anmeldung bei der Ortsgruppe des neuen Wohnortes unterläßt, was namentlich dann leicht vorkommt, wenn das Mitglied nicht am Sitz der Ortsgruppe wohnt, sondern etwa auf dem Lande sich niedergelassen hat, mit der neuen Ortsgruppe schon dafür sorgen, daß der Angemeldete ihr auch beitritt. Dieses Verfahren ist in jeder gut geleiteten Organisation üblich, auch im Ortsbund bei vielen Ortsgruppen, aber noch nicht bei allen. Darum bitten wir, diesen Hinweis überall, mo diese Überweisungen bisher noch nicht erfolgt, besonders beachten zu wollen.

### Sofort bestelle das Ostland

für das 1. Vierteljahr 1930, wer es noch nicht getan hat. Bezugspreis nur 1,50 M.

## Angriff und Abwehr.

### Die polnische Minderheit im Jahre 1929.

Das vergangene Jahr hat im deutschen Oden noch nirgends zu einem Ergebnis, das als abschließend angesehen werden könnte, wohl aber in mancher Hinsicht zu einer Klärung der Entwicklungsbedingungen geführt, die den Einfluß zu klarer Stellungnahme auch dem Jägerententeile erleichtern kann. Das ist namentlich der Fall bei der Entscheidung über die polnischen Minderheitenbewegung in Deutschland und bei der Beschlimmerung der wirtschaftlichen und kulturellen Lage im Osten. Die preußische Schulordnung hat eine starke Ablehnung, an manchen Stellen geradezu eine nationale Wiedererkennung der polnischen Volksschichten an der Ohrengrenze, aber auch im Innern und Westen des Reiches bewirkt. Es ist eine Bewegung gefördert worden, die in Grenzgebieten starke politische Unruhen hervorgerufen hat, weil sich das polnische Schulwesen, wie zu erwarten war, durchaus nicht mit der Pflege polnischen Geisteslebens begnügt, sondern vor allem der Ausbildung einer radikalen, antideutschen Bewegung dient. Wenn sich die Polen theoretisch gegen die Erchtigung eines privaten Minderheitenschulwesens ausgesprochen haben, müssen sie gleichzeitig, und zwar reichsgesetzliche Regelung des Minderheitensschulwesens verlangen, wenn sich ihre ertliche Frage unausgesetzt über angebliche Beschränkungen ihres Schulwesens durch die preußischen Behörden beklagt, so kann das gar nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie die mit dieser getroffenen Regelung doch im Grunde sehr zufrieden sind, weil sie sich durch diese irrtümliche, aber doch in der Sache des Polenbundes ausgesprochen abgeben. Auch die starke Zurückstufung, die hinsichtlich des weiteren Ausbaus ihres nationalen Schulwesens an den Tag legen, und der Eisen, den sie in der Vorbereitung neuer Schulen in Bomm, Ansbach, Slatow, Berlin, Altkessen und in anderen Orten anstellen, lassen darauf schließen, daß sie sich weder durch die Schere oder Verdrängung noch durch die unzureichende Unterstützung der in ihrer Propaganda eingestiegen fühlen. Da sie sich überdies einer starken moralischen und finanziellen Rückendeckung durch die Weimarer Regierung und durch den neu geschaffenen Verband der Weimarer Polen erfreuen, treten sie namentlich in den Kreisen Bomm, Slatow und Ansbach mit einer außerordentlichen Sicherheit auf, die das Deutschland der Grenzgebiete im eigenen Staate gleichsam in die besagte Rolle nationaler Minderheiten versetzt.

Auch in Orten, in denen die Polen in der Masse der deutschen Bevölkerung verschwinden, werden ihre Verstreungen durch die mobilisierende Haltung der deutschen Behörden gefördert. Die Erchtigung eines polnischen Schulwesens im Kreis Gumburg hat die polnischen Schulen in Kunitausstellung in Berlin, die beschleunigte Erchtigung eines polnischen Minderheitensschulwesens, dessen Vorn der preußische Staat beitreuen und das die Ausbildung ihres Schulwesens zu einem gewissen Abschluß bringen soll, nach Anzeichen einer erhöhten Angunst der Polen im Reich. Über das Leben der polnischen Kolonie in Gumburg berichtet die „Aller. Rundschau“ vom 1. März 1929, daß sich „wohl nicht gern eine Gelegenheit nützen läßt, die Lage der Polen in Preußen als unzutreffend zu schildern.“ „Am Hamburg und Lingen“, heißt es da, „treten die Polen ziemlich zahlreich auf. Je jünger der Arbeiterstand spielt eine große Rolle... in Gumburg hat Hamburg, der größte deutsche Hafen, auch außer den Arbeitern das größte polnische Volk. Die dortigen Verhältnisse, zu deren Wiederherstellung in Hamburg der zunehmende Handelsverkehr dieser Stadt ermuntert. Viele Polen haben sich eine hübsche Existenz erkämpft, indem sie eigene Handelsfirmen führen oder hervorragende Stellen in Hamburger Unternehmen einnehmen. Das Reich ist glücklich und die Solidarität, Minderheiten gegenüber, ist so vornehmlich, wie sie sonst in keinem immer mehr an Kraft. Die polnischen Arbeiterkreise haben eine Reihe von Vereinen; um.“ Das Polentat berichtet dann von den letzten kulturellen Veranstaltungen der polnischen Kolonie, die unter Mitwirkung des polnischen Konsulats in Hamburg am Tage der Hochhochzeit, und Aufnahmefestern vornehmlich in Gumburg, im 12. Dezember hat u. a. die polnische „Diamant Maria Mirka ein Konzert veranstaltet, das in der „Müllhalle“ stattfand und das, da ausschließlich Werke polnischer Komponisten vorgegetragen wurden, einen betont nationalen Charakter trug. Die „Diamant“, schreibt das Blatt, „erhoben auf dem letzten der Kreis eine sehr schöne Aufnahme... Wir sehen auf dem Konzert Vertreter der Regierungskreise der Provinz. Der Stadt Hamburg und das Konsulatsbüro, das durch die Konsuln von Frankreich, England, der Tschechoslowakei, Holland, Kolumbien und Ägypten vertreten war.“ — Sie haben es nicht nötig, sich mit ihren Ausgebungen ins Verborgene zurückzuziehen wie die Deutschen in Polen. Es muß ihnen aber sehr leid tun, daß sie durch die Erchtigung ihrer Kulturpropaganda geboten und selbst Regierungserretter tragen dazu bei, ihren Veranstaltungen den gewissenhaften Widerhall in der deutschen Öffentlichkeit zu geben. Mehr können wir auch anderen Volksgemeinschaften in Polen nicht wünschen.

Die Über- oder Abnahme des ländlichen Grundbesitzes ist der häufigste Grundmangel bei der polnischen Bevölkerung in den ländlichen im Osten. Da im Laufe der letzten Jahre Säule, in denen polnische Grundstücke in deutschen Besitz gelangt sind, kaum zu verzeichnen sind, andererseits die Polen aber an verschiedenen Stellen deutschen Grundbesitz erwerben und noch häufiger als Deputatensarbeiter u. a. auf deutschen Boden ziehen, so hat sich bei ihnen, ist ein Jahr

langsam, aber zielbewußtes Vordringen der Polen festzustellen. Rund 30 000 Hektar Land sind allein in der Provinz Grenzmarken Polen-Westpreußen in national-polnischer Hand. Verhältnismäßig ist es den Polen gelungen, neue ländliche und ländliche Grundstücke aus deutscher Hand zu erwerben. Allein im Kreis Bomm 3 U. haben sie in den Jahren 1927/28 über 1000 Morgen neu bewirtschaftet. Die Güter aufzuteilen sind, werden ihnen durch ihre Volksbanken Kredit zu verschaffen, die sich bereit erklärt, daß es ihnen nicht schwer fällt, den deutschen Käufer zu verdrängen. Leider muß festgestellt werden, daß hier von Seiten des preußischen Vornamens- und Justizministeriums manches geschieht, was zu einer unmittelfachen Stärkung des fremdenbürtigen Elementes in den Landbesitz führen kann. Im Oppenheim hat 3 U. der preußische Justizminister einmündiges, die von der Provinz gelagertes Land, ein polnisches Pächter in so hohen Preisen erworben, daß die Angekauften, trotz ihrer Besitz dort los zu sein, sich auf besserem, weiter landeinwärts gelegenen Land neu haben ankaufen können. Hier und an anderer Stelle werden auf den Vornamens gegenüberlich oder auch ausschließlich polnische Bauern als Kaufverdränger beschlagnahmt, denen durch diese Verfahren die Möglichkeit gegeben wird, sich auf ihrem für die Erchtigung einer starken Familie unzureichendem Ackerboden zu behaupten, während den Deutschen der Nachbarschaft nichts anderes übrig bleibt, als den besorgerten Polen zu weichen und andererseits die Vorkommen zu landwirtschaftlichen Vornamens- und Justizministerium und Verdränger wird berichtet, daß auf aufgeteilten Gütern polnische Erbenarbeiten und andere aus Weffallen zurückkehrende Polen angestellt worden sind. Mit besonderer Hartnäckigkeit wird versucht, die deutsche Siedlungsbrücke, die auf der rechten Oberseite von Brandenburg nach Niederhessen führt, zu durchbrechen und von Bomm und Ansbach aus einen einseitigen Siedlungsdruck zu bewirken. So hat die beim Umfassen des Schiedsrichters vorzuziehen. Die ganze, auf eine Verdrängung des rechtsrheinischen Schließens abzielende Propaganda der Polen würde an Wirklichkeit gewinnen, wenn sie darauf hinwirken könnten, daß ihr nationales Siedlungsgebiet die Ober- und untere Seite berührt, wofür ihnen nur bündnisbedingtes und nichtbündnisbedingtes deutsches Land zur Verfügung steht, das sie nicht bei einzelnen jüdischen Bauer, aber doch die treibende, organisierte Anteiligen, weitblickende Ziele mit ihren Siedlungsmaßnahmen verfolgen, haben wir schon vor dem Kriege feststellen können, wo die polnischen Volksbanken mit den Bankkassen selbst bis zur Ostsee hin verschoben sind, um jetzt einmal den Ansporn zu erhalten, erstehen polnische Staatsbanken, die Vornamens- und Justizministerium „bodenbürtiges Element im Korridor“ lösen zu können. So ist es auch hier an der schließlichen-brandenburgischen Grenze; nur ist die Entfernung, die hier zu überbrücken ist, bedeutend geringer als dort und sind die Mittel, die heute noch Erchtigung eines eigenen Staates den Siedlungsmaßnahmen zur Verfügung stehen, noch bedeutend größer als bei den Siedlungsmaßnahmen. Derzeit wird dieser polnische Siedlungsplan 20 Kilometer entfernt. Die polnische Urtulme von der Ober bei Eschberg entfernt. Verhältnismäßig sind schon Verluste gemacht worden, die in den weitaus der gelegenen Vornamens festzuhalten und so sich der Ober zu nähern.

Die Siedlungsmaßnahmen der polnischen Organe gegenüber dem angrißfälligen Dolentum aufzulegen, ist um so weniger beehrlich, als sich eine günstige Rückwirkung auf die Lage des Deutschlands in Polen nicht feststellen läßt. Konnte beim Zuge der Minderheitenpolitik eine Optimierung vielleicht noch hoffen, daß Polen, um einen unangenehmen Vergleich zwischen der deutschen und seiner eigenen Minderheitenpolitik zu vermeiden, die Schritte hinaus zu antizipieren, Verhalten abwarten würde, so muß er heute zeigen, wie sich der oberhessische Vornamens- oder offener der Brute seines Terrors rühmt, wie Polen die Deutschen der 30-Kilometer-Gemeinschaft weiterhin seinen Ausnahmestellung unterwirft und wie selbst in dem ganz Polen erzeugenden Kampf um die Verdrängungserretter einer der letzten Selbstbestimmungs- und Wahlung der nationalen Minderheiten aus dem eigenen Gebiete Körperpflichten und dem öffentlichen Leben Polens ist. Da ist es wohl an der Zeit, unsere eigene Polenpolitik einer Revision zu unterziehen. Wenn das schon nicht durch eine Rückgängigmachung der gemachten Freiheiten geschehen soll, so doch dadurch, daß man dem Deutschland im Osten eine siecklere und von nationalen Selbstbestimmungsunterstützung zurückverleiht.

### Selbsthilfe des Ostens.

Daß die Einfindt in die Dringlichkeit einer aktiven Politik ihren Weg in die deutsche Öffentlichkeit gefunden hat, geschah durch die Tatsache, daß die polnischen Minderheiten in den Ostprovinzen sowie auf die regere Werbetätigkeit zurück, die diese selbst in Verbindung mit den großen Osterräumen im übrigen Reichsgebiet entfaltet haben. Es ist selbstverständlich, daß eine Politik, die das Ziel einer friedlichen Wiederherstellung der verlorenen Ostprovinzen zum Hauptzweck hat, sich auf einen solchen Weg zu bewegen und sich abzugeben kann, d. h. daß die selbst gebildeten Gebiete lebenskräftig und handlungsfähig genug sein müssen, um in Zukunft selbst Träger der Oberwegung zu sein. Die Not hat die Provinzen zu energischer Selbsthilfe angereizt; aber mit ihr allein wird man der Schwierigkeiten im Verkehr, in der Kapitalbeschaffung usw. nicht Herr. Deshalb ist die Aufklärungser-

und Werberarbeit mit dem Ziel, Reichs- und Staatsmittel für den Osten flüssig zu machen, d. h. die deutsche Selbsthilfe mit an den Ostern tragen zu lassen, die das Berliner Diktat dem Osten in besonderem Maße auferlegt hat, zu einem wichtigen Teil der östlichen Selbsthilfe geworden. Da ist es erfreulich, zu sehen, wie heute die Eisenbahnen, die früher zwischen den einzelnen Provinzen bestanden haben, mehr und mehr verschwinden. Es muß zugegeben werden, daß einzelne Teile der Ostmark schwerer und nachholiger in ihren wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten bebrocht sind als andere Teile, daß die Zerschlagung eines hochentwickelten und nicht besetzten Gebietes andere Folgen gehabt hat als die Verschlingung einer wirtschaftlichen Provinz und daß in einem solchen Gebiete eigenartige Aufgaben für den Wiederaufbau erwachsen. Ebenso wenig kann in Abrede gestellt werden, daß Ostpreußen, welches heute aller Vorteile seiner früheren geopolitischen Vermittlerrolle beraubt und durch seine Abtrennung vom Reichskörper in eine Sonderlage geraten ist, und besondere Berücksichtigung bei künftigen Stillstandsmaßnahmen verdient. Trotz dieser befremdlichen Rückschlüsse ist es doch vor allem notwendig, den Osten als Ganzes zu sehen. Die Schwierigkeiten aller Teile gehen auf eine gemeinsame Ursache, die Grenzprejudiz, zurück. Und der bedrängende Gegner ist in Oberhessen derselbe, der er in der Grenzmark und Ostpreußen ist. Es kommt darauf an, dem ganzen Osten zu helfen; das kann man nicht, indem man einzelne Teile mit Sonderprogrammen unter Verantwortung der einen oder anderen Provinz behandelt, sondern eine einheitliche Politik, die den Vordringenden entgegensteht und eine andere, die der Hilfe gleichfalls bedarf, etwa das Handwerk, leer ausgeben läßt. Der Wunsch einzelner Teilgebiete, Sonderaktionen zu eigenen Gunsten auf Kosten anderer in die Wege geleitet zu werden, ist verständlich. Die Ursache aber, daß durch lokale gegenseitige Konkurrenz keine wirkliche Behebung der besonderen Schäden erreicht werden konnte, hat auch die Räuberherren vor der Einsicht gebracht, daß durch ein Zusammengehen aller Ostpreußen, Ostpolen und anderer Teile des Ostens ein Ausdrück geminnt, daß aus der Hilfe für einen Teil auch der andere seinen mittelbaren Nutzen zieht und daß schließlich die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft aller Ostgebiete ein wesentlicher Schritt zu entschlossener Selbsthilfe ist.

Auf dem Gebiete der Werbung ist im vergangenen Jahre manches geschehen. Führungen inmerdeutscher Journaleisten durch die bedrohten Grenzgebiete haben die Öffentlichkeit im Westen und Süden darüber unterrichtet, wie es hier steht und um was es hier geht. Eine selbstbewußtere Werberwerbung hat viele Tausende aus dem Reiche in den Osten, vor allem nach Schlesien und Ostpreußen, abgelenkt und ihnen die Schwelme der dortigen Politik und die Erkenntnis von Deutschtum und von der Bedeutung des Grenzlandes gegeben. Dann haben sich die Oberpräsidenten der Ostprovinzen selbst auf Werbefahrten in den Westen und Süden des Reiches begeben. Die Rede, die der Oberpräsident der Grenzmark Polen-Westpreußen, von v. Bülow, kürzlich in Heidelberg gehalten hat, ist zu einer einwirkenden Kundgebung für den preußischen Osten geworden. Der Münchener Ruf des

Oberpräsidenten Dr. Sieber, der vor politisch und wirtschaftlich interessierten Kreisen über die Lage Ostpreußens sprach, hat zu weiteren Verbesserungen mit dem bayerischen Finanzminister Dr. Held über die Ausgestaltung einer engeren wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen Süddeutschland und dem Osten geführt. Die Ausnahmepolitik der Öffentlichkeit war notwendig geworden, nachdem die dringlichen Vorstellungen bei den Berliner Stellen nicht den gewünschten Widerhall gefunden hatten. Die Mobilisierung der öffentlichen Meinung des Westens für die Sache des Ostens hat im Laufe des Jahres, begünstigt durch die Forderung des Reichsbankpräsidenten, erheblichen Fortschritt gemacht. Trotz der Schäden im eigenen Land begann man doch einzusehen, daß Staatshilfe vor allem dem Gebiete zuteil werden muß, dessen Lage sich durch die Außen- und Wirtschaftspolitik der letzten Jahre nicht gebessert hat und auf weniger Mittel der wirtschaftlichen Selbsthilfe als der Westen verfügt.

Nicht ohne Eindruck ist auf die leitenden Stellen auch die Selbsthilfe gebieten, daß der allgemeine Niedergang die Staatsfruchtbarkeit der Ostbalken, die immer die bemühten Kräfte des preußischen und großpreußischen Staatsgebanks war, zu untergehen beginnt. Hier soll auf zwei Erscheinungen hingewiesen werden, die eine verschärfte innerpolitische Spannung andeuten. Es ist verständlich, wenn das Gefühl, von Berlin preisgegeben zu sein, den Bauern im Osten vertritt. Die Rot mit im Rührboden radikaler Überzeugungen zu dem Bewußtsein, als Bauer in einem tiefen Stagnations- und Großschuldenlande zu leben, hat in den ländlichen Kreisen Einzug gefunden. Die Bauernknechtungen überall im Osten sind nicht bloß ein Rufus unlerer untergehenden Landvolkes gewesen, sondern haben dessen Bereitschaft zu politisch kämpfernder Selbsthilfe bewiesen. Das Komplex, das im Osten gefunden wird, ist wohl geeignet, eine ernste Mahnung zu sein: „... jetzt lind mir am Ende — wie wollen nicht mehr. Wir sind ein wertvolles Bauernvolk. Schenkt uns die Sorge, schonet unser Brot und laßt uns in die Jahre der Bauernnot!“ Ein anderes Warnungsscheit ist vor kurzem im „Berliner Lokal-Anzeiger“ von einer führenden ostpreussischen Persönlichkeit gemachter Vorschlag gewesen, demzufolge Ostpreußen aus dem Verbände des preussischen Staates herausgelöst und zum Reichsland gemacht werden soll. Der Vorschlag wird mit dem Vorliegen der preussischen Dispositionen für den deutschen Osten begründet. Die Entscheidung mußte aber nicht im Osten, sondern im Westen, läßt trotz der Ablehnung, die der Vorschlag im allgemeinen gefunden hat, erkennen, daß der Osten gewonnen ist, im Kampf um sein Dasein zu starken Mitteln der Selbsthilfe zu greifen. Die bisherigen Hilfsmahnahmen haben einen weiteren Niedergang nur in geringem Umfange aufhalten können. Diese Erkenntnis und der Druck, den die Öffentlichkeit auf die Regierungen ausüben beginnt, haben zu Verhandlungen zwischen dem Reich und dem Osten in der Sache umfassender und langfristiger Ostprogrammes geführt. Die Hoffnung, daß dieses in dem in der Regierungserklärung angebotenen Umfange auch wirklich durchgeführt wird, gibt der Ost- und Kampfsicht 1929 einen vorübergehenden Abschluß und ermöglicht zu neuer Arbeit im Osten und zu neuem Kampf mit der erdrückenden Not.

## Neues aus Polen.

### Schwebezustand in Polen.

Die Bildung eines neuen Kabinetts hat sich nach dem Rücktritt der Regierung Simitzki doch als schwierig erweisen, als es die Optimisten hatten glauben wollen. Trotz zahlreicher Konferenzen mit führenden Politikern ist es dem Staatspräsidenten noch nicht gelungen, eine Formel zu finden, auf die sich eine Mehrheit des Seim einigen könnte. Als bisher es sich bisher nur gelten, daß Simitzki nicht wieder mit der Rohmetallbildung beauftragt wird. Ein anderer Mann, der eine Mehrheit hinter sich hat, ist nicht zu finden. Seine Partei scheint nicht mehr seinen Führer zu wollen, denn die katalprohale Lage der polnischen Volkswirtschaft, die in einem föhndigen Anmarsch der Weichselproteste zum Ausdruck kommt, ist eine allzu ernste Warnung vor politischen Experimenten, durch die das Land noch weiter erschüttert werden könnte. Die Ablicht der Regierung, eine Entscheidung auf Wochen und Monate hinauszuschieben und alle brennenden Fragen in der Schwebe zu lassen, hat der Seimratschall Daszyski zu hartnäckigen Versuchen, indem er das Parlament zum 18. Dezember wieder einberief in der Hoffnung, dem Staatspräsidenten zu einer rascheren Entscheidung zu bringen. Drei Möglichkeiten sind gegeben: Eine Regierung zu berufen, die eine Mehrheit besitzt, das würde den Druck mit dem bisherigen Regime bedeuten. Oder eine Regierung der Persönlichkeiten zu bilden, die nicht parteigebunden ist und für die der Staatspräsident die Verantwortung übernimmt, oder schließlich den Seim auflösen und Neuwahlen auszurufen. Die dritte Lösung ist durch die Haltung der Regierung Simitzki nichts geändert zu haben. Man ist in Polen daran gewöhnt, Entscheidungen auf die lange Bank zu schieben und auf retende Ereignisse zu warten, von denen man sich dann gern sein Handeln vorrechnen läßt. Die Beauftragung des ehemaligen Ministerpräsidenten Bartel, der sich als Universitätsprofessor nach Lemberg zurückgezogen hatte, verpricht eine Kompromißlösung zu werden, die den Wünschen der Opposition zum Teil Rechnung trägt.

In den Weichselproben, die fast täglich im Schloß beim Staatspräsidenten stattfinden, ist die Mehrheit nicht zugegen worden. Nur der polnische Seimkammerpräsident Rozymarin war geladen; dieser

hat aber selbst von den jüdischen Abgeordneten nur eine kleine Gruppe hinter sich; noch weniger ist er in der Lage, die anderen Minderheiten zu vertreten. Die Deutschen in Polen haben in jeder Hinsicht ihre Vokalität gegenüber dem polnischen Staate bewiesen; sie nahmen im Wirtschaftskrisis des Landes trotz aller Bedrängnis immer noch eine wertvolle Stellung ein; sie tragen die Last der Volksgemeinschaft in Polen, die dazu berufen sein könnte, die Miltlerin bei der Ausgestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen zu werden. Wenn die polnische Regierung aus die deutsche Minderheit von den Weichselproben fernhält, beweist sie von neuem, daß sie die Deutschen als Staatsfründe anerkennen müssen will, daß ihr deren wirtschaftliche Stellung im Staate unermüdet ist und daß es ihr nicht darauf ankommt, in gut nachbarlichen Beziehungen zum Deutschen Reiche zu stehen.

### Das Vermögen der Poleser Landesausstellung.

Am Zusammenhang mit der Evaluation des Vermögens der Poleser Landesausstellung ist der Plan aufgetaucht, der Stadt familiäre Grundstücke der Ausstellung für 3 1/2 Millionen Zloty zu überweisen. Diese Grundstücke haben 17 Millionen Zloty gekostet. Die Angelegenheit soll in der nächsten Stadtverordnetenversammlung beraten werden.

### Tuberkulose in Polen.

Der Vorsitzende der Krakauer Gesellschaft für Tuberkulosebekämpfung, Prof. Janiszewski, hat in einem aufsehenerregenden Vortrag mitgeteilt, daß in Polen in den ersten fünf Jahren seines Bestehens nicht weniger als 3 1/2 Million Menschen der Schmintht zum Opfer gefallen sind.

### Den Ostdeutschen Heimatkalendar 1930

biten wir u a v e r g l i c h das uns zu bestellen, soweit das noch nicht geschehen ist. Er bildet eine unerschöpfliche Fundgrube des Wissens und der Unterhaltung, ist erfüllt von heißer Liebe zum Osten und enthält eine Fülle von interessanten und wichtigen Hinweisen. Preis 1,50 RM, für Mitglieder 1,30 RM

# West-Archiv und Heimatmuseum

Beilage zum „Ostland“, Wochenschrift des Deutschen Ostbundes E. W.

Jahrgang 1929, 12. Folge

## Der deutsche „Drang nach Osten“.

Von Dr. Robert Zimmer.

In einem Aufsatz vom 2. Juli über „Bevölkerungsprobleme als Friedensprobleme“ legt sich die „Weltliche Presse“, eines von der polnischen Regierung in deutscher Sprache in Danzig herausgegebenen „Propagandablättern“, wieder einmal mit dem deutschen „Drang nach Osten“ auseinander. Für diesen „Waffsa“, wie überhaupt für alles, was ein Pole über diesen gefährlichen „Drang“ des Deutschtums schreibt, gelten zu allererst die Worte „Paul Rohrbachs, in denen es heißt: „Wenn von Chauvinismus öffentlich gesprochen wird, so hat die öffentliche Meinung in jedem Volke fast immer nur den Chauvinismus der anderen Völker im Auge und überläßt gefühllos den im eigenen Volke.“

Der Verfasser in oben genannten Aufsatz sieht nun im deutschen Drang nach Osten eine große Gefahr für eine friedliche Lösung der europäischen Bevölkerungsprobleme. Warum? Weil das Deutschtum seine Obergrenzen nur durch Überführung durch den „Drang nach Osten“ derart von der Überführung zu sichern versucht, d. h. mit anderen Worten: Weil Deutschland seiner Bevölkerungsbewegung ohne Rücksicht auf eigene kollektive Belange keinen freien Lauf läßt. Selbstverständlich muß aus der Verfasser eine andere Lösung vorschlagen, nämlich einen interkontinentalen Austausch der Bevölkerungsbewegungen mit der Erhebung der nationalen Selbstbestimmung und — weitergehend — „der Bildung einer europäischen Schicksalsgemeinschaft und Union“. Ich glaube, die „Genese“ die hier herauskommt, ist eindeutig, und muß brauchten uns mit dem Aufsatz nicht weiter auseinanderzusetzen, wenn er in seinen weiteren Ausführungen nicht auch den Beweis erbrächte, daß der sogenannte deutsche „Drang nach dem Osten“ nicht eine solche gemeine „Edele“ ist, sondern ein brutales Vernichtung fremder Völker ist, als den ihn die Polen sonst immer hinzunehmen belieben. Es heißt nämlich an der einen Stelle: „Wenn man sich über die Konsequenzen dieser Verhältnisse der europäischen Bevölkerungsbewegung Gedanken abgeben will, so muß man zunächst erkennen, daß hier dynamische Kräfte spielen, die für den Menschen mehr oder weniger rätselhaft bleiben und sich seiner Kontrolle- und Organisationsmöglichkeit entziehen.“

Ich danke, daß jeder vorurteilsfreie Kenner der ostfälischen Kolonisation gerade in ihr das Wirkwerden solcher dynamischen Kräfte einer Bevölkerungsbewegung sehen wird, insofern die Ausdehnung der „Veratilität und der Eroberungslust gegenüber anderen Völkern wie wir es so oft und so schon in der „Societa Ostrorjanka“ und ähnlichen polnischen Blättern lesen, wenn sie auf die ostfälische Kolonisation zu sprechen kommen.

Doch schauen wir uns einmal kurz Wesen und Bedeutung dieser Bevölkerungsbewegung an, um auch dadurch das polnische Geschick von dem gefährlichen deutschen „Drang nach Osten“ als das aufzufassen, was es in Wirklichkeit ist, nämlich das Geschick des polnischen Chauvinismus.

Was meinen aus die Polen mit dem Drang nach Osten vor? Nichts anderes, als daß wir seit im 11. Jahrhundert nicht an der Elbe-Saale-Rhein gebieten sind, sondern ein großes Gebiet hin und herzubringen und mit immer überfülligen Bevölkerungskräfte ungelebtes Land zu kultivieren, in das überdies unsere Bauern zum großen Teil von slavischen Fürsten gerufen wurden. Die Polen legten dabei jede Völkereindebnung, die immer schon auf unserer Erde der Welt lag und auch noch nicht abgeklungen ist und die nicht aus dem Osten herübergekommen ist. Völker brauchten, sondern einen allgemeinen völkere- und erpöhlischen Gesetzen. Sie verweigerten damit aber auch, daß das unfruchtbare Gebiet zwischen Elbe und Weisels diesen erpöhlischen Gesetzen auch nämlich in für das Slawentum günstigen Sinne unterworfen war, nämlich als die Slawen die Germanen zurückdrängten.

Wenn wir diese Gesetze also anerkennen und damit auch das Hin- und Hergehen von Völkertums- und Staatsgrenzen, dann fällt auch das sogenannte historische Recht zusammen, mit dem heute noch die Polen die Oberhand fordern. Von welchem Zeitpunkt an soll dieses Recht geltend gemacht werden? Etwa von dem Zeitpunkt an, der für das fordernde Volk am günstigsten ist? Er liegt für uns Deutsche vor der Völkerveränderung, für die Polen nach der Völkerveränderung. Hier wollen wir uns doch nicht gegenseitig etwas vormachen. Nicht dieses historische „Recht“ entscheidet über die Gügigkeit eines Gebietes zu dem einen oder dem anderen Volke, sondern die Fähigkeit, es zu bebauen und aufzubauen und die machtpolitische Möglichkeit, es festzuhalten.

Wie steht es jetzt aber mit der Gefährlichkeit des deutschen Dranges nach dem Osten für die Nachbarvölker? Sind sie tatsächlich gefährdet worden? Von den alten Preußen muß man es teilweise behaupten, doch hängt dieses keineswegs mit der deutschen Bevölkerungsbewegung nach dem Osten zusammen, sondern einzig und allein mit machtpolitischen Fragen, über die sich die Polen am wenigsten aufregen sollten. Weil sie die Preußen nicht unterwerfen konnten, riefen sie den Orden herbei.

Wie steht es aber mit dem Hauptgegner des Deutschtums, den Polen? Hier kann man wohl kaum von einem Unrecht am Polentum sprechen. Die Germanisierung ging durchaus friedliche Wege. Die heftigen Auseinandersetzungen haben grobenteils mit einer gemeinsamen Eindebnung nichts zu tun. Hier trat die Gemeinschaft von Slawen und polkopolitischen Völkern erst im 18. und 19. Jahrhundert auf. Vorherhanden den Kaufleuten germanisierten Polen stehen wohl fast ebenbürtige polonisierte Deutsche gegenüber. Außerdem rodeten sich die meisten Deutschen, die in das Ober-Weichselgebiet einbrachen, ihren Boden selbst. Sie vertreiben also nicht die polnischen Siedler. Man kann auch kaum behaupten, daß das Deutschtum für die Zukunft dem Polentum das Korn allein durch sein Dasein vorenthält. Denn alle deutschen Objekte, die zum ehmaligen polnischen Siedlungsgebiet gehörten, haben eine größere Dichtemöglichkeit, als die nicht dem Deutschtum unterstellten Gebiete Polens. So hat das Deutschtum im Osten durch seine höhere Kultur Boden gewonnen, den das Polentum kaum hätte gewinnen können.

Die Polen werden also nicht mit Recht behaupten können, daß die Deutschen ihr Volkstum vernichtet haben. Und wie steht es mit dem kleinen Volk der Litauer, Letten und Esten? Auch hier bot das Deutschtum einen starken Einfluß wirtschaftlicher und staatlicher Art ausübend. Führt sie zu einer Germanisierung?

Wir leben ja, wie dieser Fall gebührensweise deutsche Drang nach dem Osten immer mehr an Gefährlichkeit verliert, je näher wir ihn uns ansehen. Es ist schon so, wie es der polnische Schreiber darstellte. Es waren bei der deutschen Bevölkerungsbewegung nach dem Osten dynamische Kräfte im Spiel, die sich im allgemeinen der menschlichen Kontrolle- und Organisationsmöglichkeit entziehen, die aber keineswegs der Vernichtung des Siedlungsgebietes und der Unterdrückung anderer Völker gegenüber einstranden. Und diese durchaus im Völkertum natürliche Bewegung ging Wege, die für die Härten auf der einen Seite auch einen Ausgleich auf der anderen Seite schufen. Den Polen, die an das Deutschtum verloren gingen, ließen kolonisierte Deutsche gegenüber, den Boden, den die Deutschen im polnischen Siedlungsgebiet einnahmen, erweiterten sie durch die Vergrößerung seiner Aufnahmefähigkeit.

Es ist der deutsche Drang nach dem Osten tatsächlich eine Kulturart, die nicht nur uns allein jagte kam, sondern auch den anderen Völkern, selbst den Polen, und die auch kein Volk in seinem Wohleben bedrohte, so lange es tatsächlich noch lebensfähig war.

## Zum 800. Jahrestag Heinrich des Löwen.

Von Dr. Franz Lübke.

Wenn eine einzige Persönlichkeit in unserer Geschichte als Gründer oder Bauglieder von drei deutschen Hauptstädten genannt und gefeiert wird, so muß hier schon ein gewisses Wirken am Werke gewesen sein. Wenn diese drei Städte sich nun aber gar über das ganze deutsche Land verteilen, wie es bei Wübbek im Nordosten, Braunschweig in der Mitte, München im Süden der Fall ist, so dürfen wir den Mann rückhaltlos bewundern, dessen Wirken hier lebensschaffend gewesen ist. Es war jener Herr von Braunschweig, der sich als „Herrlich 800. Geburtstages in Braunschweig wie in Wübbek und München gefeiert wird — das aber vom ganzen deutschen Volke gefeiert werden sollte.

Wenn wir haben Grund dazu, dieses Mannes in Dankbarkeit zu gedenken. Er gehört zu denen, die richtungsgewand geworden sind für unsere gesamte Entwicklung.

Heinrich de Leuw und Albrecht de War, Harto Frederik mit dem roten Haar, der waren ihre Herren.

De Kunden de Welt verkörzen.

So urteilten die Zeitgenossen über Heinrich den Löwen und seine Mit- und Gegenpartei auf dem Schachbrett der europäischen Geschichte.

Albrecht der War hatte die Rolle eines, der „Welt verkörzen konnte“, kaum gebaut, auch wenn jene Bedeutung für Brandenburg und den Osten groß war. Friedrich Richthofs Streben nach einem deutschen Reichertum über das Abend- und Morgenland mochte scheitern; auch er kehrte die Welt nicht um. Heinrich dem Löwen aber gelang es ein Werk zu schaffen, auf dessen Fundament mit heute noch bauen und ohne das auch unser heutiges Deutschland nicht denkbar ist.

Wer seiner beruflichen, aus in ihrer Einfachheit, Kraft und Schönheit immer wieder erhellenden Burg Dankverweilt in Braunschweig hat er den kühnen Göten erzieht, als Ausdruck und Symbol seines eigenen Wesens. Man muß das Kunstwerk geliebt haben; man muß in die noch heute funkelnden Augen — von den Burgfesten aus — geblickt haben, um zu erkennen, was dieses alte Tier bedeutet. Und man muß überlegen, wohin der Göte den drohend geöffneten Rahmen sendet: dem Osten zu. Der weiße Raum des Ostens ist das Feld der heutzutage. Der weiße Raum des Ostens ist das Feld der heutzutage. Der weiße Raum des Ostens ist das Feld der heutzutage.

Schon ein anderer Heinrich hatte das erkannt, einer, der 200 Jahre vor ihm lebte: Heinrich I., der Deutsche, den man trotz unzulänglich auch den Sinker, Wegweiser oder Städtebauer nennt, und der doch zu den wahrhaft schöpferischen Geistes den Deutschen, zu den wirklich Großen zählt. Dem Germanen wie es, daß er dem sich in unendlicher Kämpfen vererbten, „Bolk ohne Raum“ Lebensmöglichkeit und Lebensraum im Osten miz; jetzt nur etwaung Jahre ist es gewesen, und die Städte Meisen, Lenzen, (Elbe) und Brandenburg (Sane) haben der Lage geodht, an denen nach jammlicher Überzeugung ihre deutsche Geschichte von neuem begann. Denn in der Völkerwanderung waren die einmole germanischen Gsichte anstehende Elbe und Weichsel dem aus Osteuropa vordringenden Slawentum zum Opfer gefallen.

Heinrich I., der Deutsche und sein Sohn Otto der Große suchten ihrem Staat und Volkstum das Entzogene zurückzugewinnen, bis denn Rückschlüge kamen und alles schon Errungene in Frage stellten.

Da begann mit Heinrich dem Göten, Herzog von Sachsen und Bayern, die sächsische Schöpfung deutschen Ruandes im Osten.

So viel ist sicher, daß Heinrichs Geburtstag in das Jahr 1129 fällt, der Lag ist ungenüß, was mehrere verschiedene Daten nennen. Aber was tat für an dieser Lag? Hier ist sehr ich, daß vor nanzehrhundert 800 Jahren ein wahrhaft Großer das Licht deutschen Lebens erblickte.

Ihm gelang die schmerzliche Zusammenfassung der niederländischen Stämme in dem Heiden, Wäldern und Bergen zwischen Elbe und Oder. Hier lebte er sich in ungenüßigen Kämpfen den starken Offizier, der nun die Fahne der Deutschen im Rheinland jenseits der Elbe führen sollte. So reifte die größte und weitgeschichtliche Tat des Niederländischen heron: die Kolonisation des deutschen Ostens. Es folgte die Germanisierung Mecklenburgs und der Oberlande, womit der Auftakt zur weiteren Einfeldung der Ostseeküste bis Violand hinauf gegeben war. Auch jetzt wird im ganzen Norden unseres Vaterlandes, im Nordosten bis im Nordwesten, niederländische Mundart gesprochen.

## Die Befestigung der Stadt Rogasen durch polnische Auffständische.

Von Friedrich Koch.

Am 11. Mole jähren sich die Tage, in denen die deutsche Ostmark geräubt wurde. Planmäßig wurden die polnischen Aktionen vorbereitet. Der Ausbruch der deutschen Revolution war für die polnische Bevölkerung das Signal zu erhöhter Alarmbereitschaft. Auch die Pläne der Polen der Stadt Rogasen liefen darauf hinaus, die deutsche Berufswehr gewaltsam abzulösen. Schon die Zusammenlegung des Arbeiter- und Soldatenrates, in dem der polnische Einfluß stark überwog, mußte dem Einseitigen bedenklich erscheinen. Die zunehmende Betonung des polnischen Rationalismus wirkte depressivierend auf die deutsche Bevölkerung. Die Ungewißheit der kommenden Dinge, das Sehnen jeder einheitlichen Führung und das nötige Vertrauen der höheren Generäle allseits lastete auf den Behörden, soweit sie sich selbst führen und auf den wenigen Polizeiorganen wie ein Alpbdruck. Ja schon vor der Jahreswende 1918/19 wurden einzelne Polizeikommande aufgelöst, unbemannt auf der Straße zu erscheinen. Wohl oder übel mußte diesem Ansinnen nach Rücksicht auf die übermost einfließen werden.

So schloß das alte Jahr seinem Ende zu. Preise und jene Gerichte schmerzten durch die Verhältnisse im Dunkel der Nacht, man ahnte das sichere Verderben, ohne hemmend in das Rad des Schicksals eingreifen zu können. Entzweielt war es, daß Beamte der Zollkölke auf eigene Gefahr ihren deutschen Kollegen das Vierteljahrgehalt vor dem fälligen Termin in das Haus brachten und so für die nächste Zeit von den Familien höhere Rufe merkten. Die Polen mußten sich späterhin mit geringem Verbestand zufrieden geben. Zwar drang die polnische Ereignisfe vorrorn und bisweilen auf übertrieben nach Rogasen. Man hörte und fragte, um weisend und ungläubig den Kopf zu schütteln und schließlich doch nach den trübten Verfällen der letzten Wochen das Unmöglichkeit für möglich zu halten.

Die Preis- und Karbonatfabrik Obornik wurde am 30. Dezember polnischbesetzt. Man machte von Besetzungserklärungen für Rogasen. Mißlich und Gehemnis, was folgen würde, so konnte doch nicht zweifelhaft sein, in welcher Richtung die Ereignisse laufen würden. So kam dann der verhängnisvolle Novembertag 1919. In den frühen Morgenstunden gegen bemannete polnische Haufen in selbige Uniform durch die Straßen der Stadt. Post, Rathaus und Bahnhof wurden besetzt und die meisten im Dunkel der Nacht von den deutschen Bürger, die schon vorher auf einer „Hörmann“ Ullte nanzehrhundert worden waren, selbgenommen und unter strenger Bewachung im Rathaus gehalten. Die Teilnahme der als Führer in Frage kommenden Personen sollte jeden Widerstand unmöglich machen. Zur die Beamten der Post-, Zoll- und Schneerwaltung blieben von allen Anwesenden

Herkennlich; diese Gruppe Heinrichs des Göten und seines Volkes ist im Braunschweig der Nacht mit verfallen worden, während sein Kunstlicht mit Kaiser Friedrich Barbarossa über die Schlachtfeldtücht zu finden ist. Warum er in Italien seinen Better und Freund Friedrich verließ und ihm die Heeresfolge verfolgte, so daß der sächsische Imperialismus in der Schlacht beiizzano niedergebungen wurde? Wir müssen die letzten Gründe nicht. Eines aber sicher ist zu sein: daß der Ostmarkführer Heinrich der Göte sich nicht abwenden mit seinen besten Kriegen der Roms- und Weichselpolen der Bestimmung fällen wollte. Freilich, der Erfolg oder vielmehr Mißerfolg der Rückschlüge Heinrichs zeigte, daß sie dem Gesichtspunkt des Staatsmannes aus verfehlt waren. Das kleinste Opfer der Heeresfolge in Italien hätte ihm das größere erspart: jene Achtung, Verbannung, die Gerüchmung Heinrichs so mühsam aufgebunden niederzujählen des Landes.

Die Zerlegung Niederländischen durch Kaiser Friedrich I. und seine Aufteilung an zahlreihe Kleinfürsten ist einer der schmerzlichen Schläge gewesen, den unsere Ostkolonisation empfang. Hätte sich Heinrichs des Göten Genu und Lokkraft seines Gesichtswilkes aus weiterhin auswirken können, wäre insbesondere ein nordostdeutscher Großstaat entstanden, mit der Vorherrschaft später in Brandenburg-Preußen entstanden, dann wäre die Wiederentdeckung des Ostens in ihrem natürlichen und organischen Ablauf gelangt. Weit nach Osten hin wäre unser Volkstum in geschlossener Siedlung vorgezogen, und Rückschlüge, die nanzehrhundert eintraten und aus noch erst in Verfallis weitere Teile unserer Ostmark raubten, wären unmöglich gewesen. So wenig sich ein solches Nordostdeutschland erstreckt, ist in seinen Ausdehnungen bis in die Jetztzeit hinein und weit noch über sie hinaus.

Aber trotzdem: die Größe des Lebenswerkes Heinrichs des Göten bleibt, und viele Erfolge sind auch geblieben.

Er ist eine gemollige Persönlichkeit gewesen, mit nanzehrhundert niederländischen Eigenschaften mit einer fast unendlichen unerschöpflichen Härte und Feinheit, aber doch auch wieder milde und freundlich — ein Mensch mit seinem Weichspruch.

Als einft die norddeutschen Jürchen vor ihn traten und er sie aufsucherte, den christlichen Glauben anzunehmen, erwiderte einer vor ihm: „Herr, du magst einen Gott erkennen, welchen du willst; unser Gott ist mit dir.“

Diese Worte zeigen den Einbruch, den Heinrich, der Kämpfer, der Kulturträger, auch bei seinen bisherigen Feinden gemacht hat.

Wir aber stehen, jensei Wesens voll, vor der Burg, die er errichtete, vor dem Dom, in dem er samt seiner treuen Gattin Mathilde ruht, und vor dem erhenen Göten, der sein Antlitz gegen Osten wendet — über die Jahrhunderte hinaus.

nahmen verlohnt, da man ihre Hilfe zunächst noch bringend benötigte. Besondere Aufmerksamkeit widmete man den beiden Gendarmen Kutter und Hof, die in ihrer Wohnung entzweifelt und dann durch einen Trapp von 25 Mann mit aufgeschlanten Seitengewehr abtransportiert wurden. Als ein Zeichen harter Verurteilung der Ursachen können im Januar ergangene Anweisungen der verlegten Gendarmenoberbehörden angesehen werden, nach denen die Beamten auch die übermosten Herrschaft ihren Dienst, sofern er im Interesse der deutschen Bevölkerung liegen sollte, versehen sollten. Unter den obwaltenden Verhältnissen kam natürlich die weitere Dienstleistung, die eine Vögnungslage des polnischen Landes darstellte, nicht in Frage. Nach Manifestation und Zerkunft aller Zeit sowie nach allen militärisch erscheinenden Gegenständen, selbgenen Anzügen, Mänteln, Decken usw. wurde eifrig gefahndet. In den folgenden Tagen wurden große Teile der, die nach Rogasen kamen, ihre selbgenen Mäntel auf der Straße ausgezogen und ohne Entschädigung entzweifelt. Die Ausgänge der Stadt wurden mit bemanneten Posten besetzt, die sich von fernernern nach Rogasen zu bewegen und Verkehr über die Straße über die Stadtgrenze war unmöglich und streng verboten. Über Nacht hielt Rogasen so ein vollständig militärisches Bild erhalten. Scharfes Durchgreifen bei allen ihren Maßnahmen ermöglichten die Polen dadurch, daß sie ihre weissenhaften Männer beizukönnen aufstellten. Den „Handstreich“ auf die Straße führten Polen aus benachbarten Städten aus, während sich die Rogasener auf anderen Stellen „mäßig“ betätigten. Trotz des Respektverlustes und des bevorstehenden Gottesdienstes war auch der sonstige geistliche Jakuliki in aller Eile festgenommen worden. Seine rechtzeitige Freilassung erfolgte auf Betreiben des polnischen Prokures, die daß der Gottesdienst seine Zeit Verlegung nicht erdulden konnte. Es wurde unter dem polnischen Oberbefehl eine Besetzung durchgeführt. Vor dem Nationalen staute sich die Menge und schämte die hier festgehaltenen Deutschen. Die Gefangenhaltung der Geiseln machte den Polen unbezugm werden, zumal irgendwelche Angriffe von außerhalb nicht drohten. Im Abend wurden sie entlassen, mußten sich jedoch verpflichten, gegen die polnische Injurierung nichts zu unternehmen.

Die nächsten Tage brachten manderlei Überfallaktionen. Die Hausaufgaben der drei aufgestellten Überfalltruppen nahmen ihren Lauf, und mehr und mehr schloß sich das Geringsinnige an. Die erste wurde unter dem Gelbfußren bezeugt oder hatte sich zweimal täglich auf der Kommandantur zu melden. Kommandant von Rogasen war ein 23jähriger Bäckergehilfe, der mit großer Rücksichtslosigkeit vorging. Am 3. Januar kurzleierten in der Bevölkerung Gerüchte über die Unter-



lierung aller Deutschen bis zum 55. Lebensjahr. Wie ein Vauflieger gegen diese Maßnahme durch Stadt und Land und bewirkte eine starke Abwanderung. Unablässig erteilte die männliche Bevölkerung in der Dunkelheit ihre Heimat, um den Jüdigen und Wätkern der jantafischen Polen zu entgehen. Sofort war die Verwendung des besten Geschützes und streng die zum Schutze der eroberten Castelle erteilten Befehle. Doch nicht, die sich später in Kormar und Schindelmühl treffen, gelang es, zu entkommen. Von hier aus wandten sich die nun heimatis Gewordenen an die Volksbeauftragten mit der Bitte um Hilfe gegen die polnische Annexion. Wiederholtendend war die Antwort: Hilfe sei nicht möglich. Man möchte selbst leben, wie man mit dem Leben fertig würde. Die Höhe in der Richtung Kormar—Buzbin hatten nur geringen Erfolg. Die Entschädigung für den Gegner war nicht gering, als er Jab, daß der größte Teil der zu internierenden Deutschen heimlich verschwand konnte. In den Festungen wurden Bekanntschaften erteilt, die die Gerichte bezüglich der Internierung als unzureichend bezeichneten und die Aussagen hatten mit dem Hinweise, mehrlöbliche Vermögensgegenstände zu beschaffen, zurückzuführen. Ein großer Teil verließen die Gegend, Haus und Hof verlassen hatten, fand sich wieder in der Heimat ein, um aber bald darauf zur polnischen Kommandantur geholt und über die Ursache ihrer Flucht und über ihren Aufenthaltsort in der fraglichen Zeit vernommen zu werden. Diejenigen, die ihr Alibi nicht einwandfrei nachweisen konnten, wurden sofort unter dem Vorwurde der Verleumdung an den Kaiserhof in Kormar als Kriegsgefangene erklärt und in Gensersam genommen.

## Die schweren Ausschreitungen im Juni 1921 in Ostrowo.

Von

Wir entpreden verschiedenen Anfragen und Anregungen, wenn wir aus unserem Archiv heute eine Zusammenstellung der uns über die schweren Ausschreitungen im Juni 1921 vorliegenden Feststellungsnotizen und Nachrichten mitteilen können.

Während sich diese Feiern Veranlassung für manchen, der heute frei reden kann, auch seinerseits zu den damaligen Vorkommnissen Stellung zu nehmen.

Am Donnerstag, den 2. Juli 1921, nachmittags, wurde Ostrowo der Schauspieler höchst bebenklicher Vorgänge, durch die am besten demjenigen nicht, wobei wir teilen, wenn den gewissenlosen Machenschaften einer bestimmten Art von treulichen Patrioten nicht bald ein Ende gemacht wird. Von Ostrowo nach Ostrowo der Vorgänge nach uns berichtet. In der fünften Nachmittagsstunde sammelten sich ungefähr 500 Arbeiter der Waggonfabrik zu einem Umzug, der sich gegen die Deutschen richtete. Die Demonstranten drangen in eine Anzahl von Geschäften ein, misshandelten in tierischer Weise Geschäftsinhaber und Angestellte, plündern und loüben. Eines der ersten Ziele war die bekannte Hühner-Weiler. Die Arbeiter drangen von allen Seiten, drangen in das Kontor ein und schlugen sofort auf den Besitzer und seine Angestellten los. Schwere vermischt, blutüberströmt und unterwegs noch misshandelt, konnte Herr Hühler sich nur mit größter Mühe in seine Privatwohnung retten. Ein Genand, der den Versuch machte, einzuschreiten, wurde ebenfalls misshandelt und entworfen. Das Kontor wurde demoliert; ungefähr 50 000 A. der zur Ausschabung bereit lagen, wurden entwendet. Schwere misshandelt wurde auch der Dächter der Gelmittelfabrik der Brauerei, dem das Raubziehen zerrümmert und die Vorderbeine ausgehauen wurden.

Der Uftrmacher Kozloff wurde mit Schlägen aus seinem Geschäft hinausgetrieben. Nachdem er blutüberströmt auf die Straße geworfen worden war, wurde sein Auto vertrieben und ausgeplündert. Ein ähnliches Schicksal erlitt der Schuhmacher Kozloff. Während des Raubzuges der Arbeiter durch die Stadt herrschte man wiederholt die Rufe: „Hinans mit dem Riemel! Schloß die Riemelgott!“ Gegen Abend zogen etwa 100 Arbeiter auf das Stadtgart Krempa, verließen dort Türen und Fenster einzuschlagen und verlangten von dem Dächter, Herrn König, er solle sofort mit seiner Familie das Gut verlassen und nach Deutschland gehen. Auf die Frage eines der Familienangehörigen des Besitzers, ob das denn die Regierung angeordnet hätte, gab die Arbeiter die bezeichnende Antwort: „Die Regierung hat gar nichts zu sagen. Das beschließen wir!“ In der Stadt wurden die Pogrommacher ungefähr um 7 Uhr abends durch Militär auseinandergetrieben. Daß dies nicht früher geschah und daß zur Verbindung dieser überzürten, krankhaften, barbarischen Pogromen nichts getan wurde, darf mit Bestimmtheit bemerkt werden, da, wie uns glaubwürdige Bürger von Ostrowo mitteilen, dort schon um die Mittagsstunde von dem beorderten Umzug und seinem Zweck gesprochen wurde.

Wohi man durch die Straßen der Stadt, dann findet man auf den ersten Blick kaum Anzeichen, daß hier vor wenigen Tagen Ausschreitungen begangen worden sind, wie sie unter dem Namen „Pogrom“ in der Literatur in sichereren Gegenden bekannt sind, nicht man aber näher zu, dann fällt einem bald die Menge der in der Geschäftszettel gezeichneten Geschäfte auf, zerrümmerte Fensterheiden, durchzündergewordene Schaufensteranlagen. Die ganze Schwere der Schandtat vom 2. Juni enthält sich einem aber erst, wenn man ein solches Haus betritt. Da ist ein Zigarrenladen mit einem Durchschieben von

Nach einigen Tagen erfolgte ihr Abtransport nach Posen und von dort weiter nach dem Internierungslager Geymuntow. Unter den Gefangenen befanden sich Kinder von 14 Jahren, Gymnasisten, die eben noch die Schulbank gedrückt hatten, und alte Männer. So setzte dann nach und nach eine umfangreiche Verdrängung von Deutschen ein. Es kam nur darauf an, eine möglichst hohe Zahl von Gefangenen zu machen. Und in dieser Beziehung hat die Reglement Gegend mit ihrem zehntausend Kommandanten den Rekord auf.

In dem Kogaliner Lehrer Seminar, das seine Porten geschlossen hatte, ließ sich die polnische Kommandantur nieder. Die übrigen Klammlichkeiten wurden zur Kaserne gebracht. Schon bald nahm auf dem Schulhofe die Einsexerierung der neuen Rekruten ihren Anfang. Die Zahl der in den Grenzkämpfen gefallenen Deutschen wurde überflüssig gehalten, und die Überführung der Erbsen in die Heimat erfolgte nur bei hohen Kollisionsraten. In Warschau wurde der Hauptort angeordnet. Nach 8 Uhr durften die Deutschen kein Licht mehr brennen und sich auch nicht auf der Straße blicken lassen. Von Warteilen der Stadt war besondere Erlaubnis des Kommandanten nötig, die oft verweigert wurde. Jede unvorsichtige Äußerung wurde mit Gefangenen bestraft.

Kogalen blieb polnisch trotz mehrfacher Entseuerungsversuche von Kormar. „Wohi“ hörte an frohlocken Winternägeln die „Bezeichnung des Seminars“ als „Polnische Hochschule“ und von „Kogalen der Gefährliche. Doch die Hoffnung auf Befreiung erwies sich als trügerisch.

Schrotstein, Zigarren, Zigarrenkisten, Papierseife; ein Ufbloden, und leer bis auf ein paar geringwertige Sachen und einige Regulatoren, die die Plünderer wohl wegen des angeführten Normals nicht mit sich nahmen. Hier konnten sie eine kleine Anzahl von Gegenständen. Die Hausfrau trägt uns die letzten Schätze, die vorher ihre Wände hingen; von Stockschlägen zerfetzte Gardinen hängen vor den eingeschlagenen Fenstern, auf dem Fußboden ein Wühl von Glascherben, Metallteilen und Stoffen, darunter u. a. eine Familienphotographie, die einen Angehörigen in Seilzug darstellt, und in der Mitte durchgerissen ist. Die beiden unteren Abschnitte des Bildes sind zertrümmert und die Leute, die uns entgegentreten, entziehen ihre Arme und weisen uns die grünelnden Striemen, die Schrammen und Wunden, die ihnen der erbarmungslosige Pöbel beigebracht hat. Ein alter Mann gibt uns entgegen. Man hat ihn roh der Kreppe hinausgetragen. Stelle von 80 Jahren alt, befinden sich unter dem Opfer. Die schwarze Säule bekommt man natürlich überhaupt nicht zu Gesicht. Und was sind das für Leute, denen man das alles angetan hat? Leute, die immer etwas zu Feide taten, die nicht im geringsten prosoziert haben, Leute, die fast alle seit Generationen dort anässig und mit der Stadt verarmten waren, die die Welt nicht mit Arbeitsteilnahme, sondern immer wieder entgegen uns als gute Bürger des neuen Staates im Lande zu bleiben. Es sind Angehörige von Familien darunter, die schon vor ein paar hundert Jahren nach Ostrowo gekommen sind. Sie erzählen uns alle von dem Durchbruch, das angeordnet war ein Gemitter dieser Art herbeizuführen ist. Von der außerhalb der Stadt gelegenen Waggonfabrik zogen damals, am 2. Juni, pünktlich mit Arbeitsbeginn um 5 Uhr nachmittags, einige hundert Arbeiter, darunter viele Jugendliche, mit Knäpeln, Stöcken usw. bewaffnet, zur Stadt. Dann ging es von Haus zu Haus über die Deutschen her. Man drang gewaltam in Türen und Wohnungen ein und bearbeitete die Bewohner, ganz gleich, ob Mann oder Frau, in der rohesten Weise mit Stockschlägen unter der Bedingung, daß sie sofort nach Deutschland gehen wollten. In jedem ließ man seine „Wut“ an der Wohnungseinfriedung aus, verwarf dabei aber auch nicht, sich alles, was man brauchen konnte, in die Kasse zu strecken und die Taschen der Opfer noch Vargel und Wertlöcher zu unterfuchen.

Es war alles molgoranisiert. Schon acht Tage vor dem Überfall waren die Anordnungen an einem bunten Hintergrunde gemacht, getreten, blickten von ihnen die fortwährende Entlassung aller deutschen Arbeiter verlangt und die Unternehmer selbst mit Beschlag und Kurz- und Kleinigkeiten bedroht, falls sie nicht in wenigen Tagen unterschrieben. Die Betroffenen meldeten den Vorfall selbstherrlich selbst der Polizei und fragten auch später noch einmal nach, was zu ihrem Schutze getan worden sei. Die Polizei machte mit einem kurzen Erklärung abgelehnt. Auch sonst ging ein Mangel und Wären durch die Stadt. Aber die Deutschen legten dem keine Bedeutung bei im Vertrauen auf den starken Schutz der Regierungsbehörden. Doch es sich um eine abgekürzte Sache handelt, ergibt sich auch daraus, daß die ganze Stadt am Ende des Monats in einem Strom durchlief, daß die Straßen, die man durchging, ganz listemäßig Haus für Haus erleidet wurden, daß man sich nicht nur an solche Wohnungen hielt, die sich durch Firmenschilder und dergleichen schon von außen als von Deutschen besetzt auswiesen, sondern auch in Häuser einbrang, denen man es zunächst gar nicht anmerken konnte, daß sie von Deutschen besetzt waren. Gegen 30 betrug die Zahl der Opfer. Der angegriffene Schaden löst als außerordentlich hoch anzuweisen. Zur Rechtfertigung ihrer Ausschreitungen verweisen die Plünderer gemeinlich auf Wessalen und Überschwelmen, indem sie von Vergeltung sprechen.

Der Hinweis auf Oberjohlen stellt die Kasachen direkt auf den Kopf, der auf Westfalen ist ebenso unanig. Es sind wohl in Deutschland Arbeitereinstellungen vorgenommen worden. Das lag an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Davon sind natürlich auch polnische Arbeiter betroffen worden. Es sollen wurden hauptsächlich alle deutschen Angehörten und Arbeiter aus sämtlichen polnischen Betrieben entfernt.

Darüber sind sich die Deutschen in Oltorno auch ganz einig, daß die ganze Sache nicht dem eigenen Kopfe der Arbeiter entsprungen ist, sondern daß lediglich Vererbung die unmittelbare Ursache der Ausforderung ist. Überhaupt ist es natürlich die Presse, die hier ein unheilvolles Werk vollbracht hat. Besonders hervorzuheben hat sich in der Richtung der in Oltorno erscheinende „Sonica Karobow“ und sein Redakteur Herr Jordno. Die Hege wurde stark gefördert von einem großen Zahl von Kaufleuten. Unter diesen zeichnete sich besonders Herr Wobinski, der Leiter des „Nisica“ in Oltorno, aus. Dessen Büro ist auch die Sammelstelle für die Beleidigte des „Kurier Polymanski“. Daß dabei auch der Westmarken-Berein in Oltorno besonders mitwirkte, braucht nicht besonders betont zu werden.

Die meist gegen bestimmte Oltornauer Persönlichkeiten gerichteten Gerächte haben denn auch dazu geführt, daß ganz programmatisch gerade diese Persönlichkeiten Opfer des Überflusses geworden sind. Unter dieser ganzen Sache aber leben andere, die die Döbelnstricke sich dienstbar machten und die Erregung der nationalen Verbundenheiten als Vorwand für ihre Geldgierigkeiten benutzten. Wie sich das, wo Wall steht, gleich Schweißfliegen und ähnliches Getier einstellt, so rimmelt es leicht an den Säulen der Plünderung von Kaufleuten, die da hoffen, aus dem allgemeinen Vorgang ihren Nutzen zu ziehen und sich dabei auch nicht täuschen.

Ich gebe mit einem Herrn über den Markt, da läuft ein ein Pole nach und ruft ihm zu: „Sie haben doch auch noch was zu verkaufen, nicht wahr?“ Und um die Konjunktur weiter günstig zu halten, scheut man sich nicht, den Deutschen neue Dogme zu prophezeien, durch allerhand Anspielungen Satire zu erregen und anschließend mit einer Aufzorderung zum Verkauf hervorzutreten.

Charakteristisch ist, daß der „Oltornobank Oltorniki“ in seinem köstlichen Bericht über die als „Vergerung“ für unsere verfolgten Brüder in Oberjohlen und Westfalen“ veranfaßten unzulässigen Vorkommnisse auch gleich die Nachfrist einlegt, daß noch keinen Tag ein Pole die unter der Hand für ein Kaufmann herverstellte So bejahren die Arbeiter die Gesichte der Kapitalisten, die sich gern für ein billiges Geld in ein warmes Nest setzen möchten.

Daß es zu einem solchen Dogma kommen konnte, daß ich bei der Behauptung der thomajischen Presse nicht weiter vermerken. Bemerkenswerter ist es, daß die Plünderungen eine solche Ausdehnung angenommen konnten in einer Stadt von geringem Umfang und überflüssiger Banart, in einer Stadt, die an Polen keinen Mangel hat und mit Milion überreich versehen ist. Und dabei jog sich der Dogma, wie schon gesagt wurde, von einem Ende der Stadt bis zum anderen am Polzeigebäude vorbei; und dabei war, daß die Polizei rechtlich gemacht wurde. Die polnische Presse hat die Verbrechen der Nationalität Stiefkinder der polnischen Republik, daß ihre Wahrungen und Schutzgelder einfach in den Wind geschlagen werden können?

### Eine Karte Ostpreußens

hat der Geo-Verein, Berlin W 35, im Maßstab von 1:800.000 herausgebracht. Bei dem Mangel an guten Kartenblättern das Ostens wird diese vornehmlich den Verkehrserleichternden Rechnung tragende Karte manchem Dienst leisten. Was mir allerdings anstreben, eine starke Veranschaulichung des untrübsamen Gebiets, findet sich hier nicht. Die alten Reichsgrenzen sind in gelber Farbe hervorgehoben, die Entfernung der Hauptorte kann erkennen. Die Grenzverläufe (z. B. Stramm-Polen-Westpreußen) muß man mühsam jucken, die Farbe der Wäldertröfen ist zu matt. Dafür treten die Eisenbahnen scharf hervor, so daß unsere Wirtschaftskreise sich gern dieses Wettes bedienen, das unangenehm und gefaßt 5 K kostet.

### Verstöße.

Von dem „Grundriß der Deutsche“ (herausgegeben von Dr. Hoffmeister u. Dr. Schönböck, G. Schöner, Leipzig, geb. 12 Mk) liegt der 2. Band vor. Er ist gut, mit mir immer mehr zum Eigenbewußtsein als Werk gelangen; es ist nötig. Auch unsere Altbanarbeit geht ja dahin, daß wir zum volleren Ostmarkertum führen wollen. Erkenntnis ist das erste, wenn richtig hinter ihr dann auch die Tat (Pflicht, Opfer) folgen muß. — Der Inhalt dieses ausgezeichneten Bandes gliedert sich in die von vornehmsten Forschern bearbeiteten Abschnitte: „Das Land“, „Die politische Entwicklung“, „Das Kriegswesen“, „Staat und Recht“, „Die Wirtschaft“, „Die katholische Religion“, „Die evangelische Religion“, „Die Mythologie“, „Die Volkskunds“, In verschiedenen Kapiteln ist, in großen Zusammenhängen, auch des Ostens gedacht, wenn freilich leider nicht zu, daß die unangenehme, durch die Vererbung kolonialer Verhältnisse in den deutschen Völkern ins Licht tritt. Immer noch mehr die lebendige Bedeutung des Ostens als mehr billige, erprobte, selbst anerkennen, während es in Wirklichkeit ohne die Ostkolonisation kein politisches und kulturelles Deutschland gäbe. Wir möchten hoffen, daß

Unter den Deutschen in Oltorno ist die Meinung allgemein, daß die staatlichen Organe bezüglich der Unterdrückung des Auftrubs abichtlich völlig versagt haben. Was soll man dazu sagen, daß die Polizei einem deutschen Bürger, der während des Pogroms teilnehmlich am Schutze ist, antwortet: „Si tu es ilia non e niamand i te g e s h a g a e n.“ Was dazu, daß der Bezirksrat sich auf Vorkhaltungen über den unzureichenden Schutz die Entschuldigung der Rabahörer zu eigen macht, die Plünderungen seien nur „Maßnahmen der polnischen Bevölkerung gegen antipolnische Maßnahmen der deutschen Bevölkerung.“ Was dazu, daß die Arbeiter am Leben und am nächsten Tage Verhaftungen abbilden durften, die doch so leicht zu neuer „Dogromen hätten führen können, statt daß von oben her, wie es Bürgermeister und Staatsanwalt verlangt hatten, der Belagerungszustand verkündet wurde?

Der Vergründer der deutschen Bevölkerung ist nichts gefahren. Nur eines Betriebes hat man sich mit besonderer Sorgfalt angenommen, und das ist die Fabrik eines Solldarers; ihmgegen selbst der Starost am 4. Juni ein Schreiben, in dem es heißt: „Ich bringe umlich zur Kenntnis, daß die Holzverarbeitungsbrik Deines in Oltorno holländisches Eigentum der Firma S. A. Dehmann in Amsterdam ist und unter dem Schutze der holländischen Regierung steht.“ Er kauft daran die Aufforderung an die polnischen Arbeiter, Schädigungen dieser Fabrik zu vermeiden. Da muß man sich wohl fragen: Ist denn das Eigentum und das Leben von polnischen Staatsbürgern deutscher Rationalität und von deutschen Reichsangehörigen negiert, daß der Starost lediglich das holländische Hab und Gut unter Schutz nimmt?

Auch gegen die häufig auftretenden Gerächte, die von einer „Wiederholung des Pogroms“ rufen wollen, wird nichts getan. Den deutschen Arbeitern in der Brauerei wird von der derzeitigen Verwaltung gekündigt, auch sonst antwortet polnische Arbeiter die deutschen Angestellten. Wie deutschen Entschüssigen, darunter bei einem für die „Polener“ Konditorist besonders tüchtigen Staatdiener, erschienen ungehindert Arbeiter mit der Aufforderung, binnen acht Tagen den polnischen Boden zu verlassen.

Es ist die höchste Zeit, daß die „Polener“ Stellen gegen dieses Erleben möglich eintreten. Sie müssen zum Ausdruck bringen, daß sie dieses Vorgehen nicht billigen, daß sie den Willen und die Macht haben, Wiederholungen rücksichtslos vorzubeugen und Pogromerufen im Reine erlösen. „Polen kann es sich nicht leisten, das neue Gelingen in der Welt durch derartige Vorkommnisse weiter gefährdet wird. Schon bei 2. Dogen hat 2. Juni kann antipolnisch von verhängnisvoller Wirkung...“

Wir müssen noch erwähnen, daß infolge der schweren Körperverletzungen mehrere Mißbandelte, darunter der Urmörder Restoff und der Kaufmann Walter Debe, verstorben sind. Mehrere Mißbandelte leben auch heute noch unter den erlittenen Verletzungen.

Wegen der Vorkommnisse hat die Reichsregierung einen „Protest an den Botschafter“ geschickt, doch blieb dieser ohne jede Wirkung, wie auch die „Verweise“ der Reichsregierung in dem Sinne, die angenommen hatten, sich zu entschuldigen oder sonst die notwendige Abhilfe zu treffen.

## Buchbesprechungen.

sich diese Erkenntnis endlich auch bei den westdeutschen Orientierten Bahn bräube. Abzählen müssen wir ferner die schiefe, ungeschichtliche Behauptung über Bismarcks Ostmarkenpolitik, die er betrieben haben soll, „woll sie der Macht der Krone zugute kam“ (!), und die angeblich von seinen Nachfolgern „rigoros weitergeführt wurde“. (ii) Die „Verleumdung der Ostmark durch Bismarck“ ist gleichfalls nicht ohne Fehler. Die politische Entwicklung von Dr. Schönböck, Professor an der Hochschule in Karlsruhe) hat mit seiner Darstellung zwoiefen, daß er seiner Aufgabe nicht genügen kann.

### Leipziger Erörterungen.

Wie Bismarck, Moltke und Roon, wie Hindenburg und Ludendorff, so entstamm auch der Schöpfer der deutschen Slotte, C i r p i a, dem ostpreussischen Kolonialland; er ist ein Sohn der Stadt S t a n k u r a (Obrt), wo er auch die Schule besuchte (die Seine „Erörterungen“ (Köln), Leipzig) gehören zu den interessantesten Werken der Nachkriegszeit. Ohne literarisch-didaktische Voreingenommenheit, sachlich-vornehm legt dieser Ostmarkenbuche sich für seine Debatte ein und zeigt, warum sie in den Halbzeiten einer „Führung“, die keine nur, sondern muß. „Das deutsche Volk hat die Ert nicht verlassen. So muß er jeder Slotte ein literarisches „Kotzenband“ setzen, aber er hält es für die vornehmste Pflicht aller staatsbewußten Deutschen, die im Gange befindliche tragische Verwitterung unserer materiellen und moralischen Güter zu hemmen und weiterer Weitergang zu gebieten.“ „Dem Deutschtum zu retten, was noch von ihm zu retten ist, bleibt des Schwebens der Eiden wert.“ „Ein Skizzenbuch sind mit noch nie gesehen, seit 1800 Jahre hat der Volk nach dem Schatz stets wieder sich emporgewoben.“ „Sollten die von mir niedergeführten Erörterungen nicht die Zien und für den Glanben an uns selbst in eine Unterfährigung erweisen, so wäre der letzte Dienst getan, den ich meinem Vaterlande erbringen kann.“ Dr. C.

## Und wo bleibt der Osten?

### Ostpreußen eines Rheinländers.

In der „Neus-Groenetröcher Zeitung“ befehrt der Chefredakteur Dr. Stach in zwei langen Verfassungen seine auf der Oligarchie des Allgäuvereins in Breslau und bei der nachfolgenden Vereinfachung der mittelrheinlich-polnischen Grenze gemachten Einbrüche. Er nennt die Sage „ein lisses unauflösliches Erbteil“ und führt fort: „Man lernte kämpfer für die Sache des deutschen Volkstums kennen, die unter wahrhaft heroischen Umständen mit Hilfe einer deutschen Pforte seit nunmehr 10 Jahren den Kampf für kulturelle Freiheit und Gerechtigkeit ihrer Volksgenossen führen. Eine solche von innerer Überzeugung durchglühete patriotische Gesinnung, weil man sich in den Entschuldigungen des Obersten Rates, dann die größtmögliche Wirkung an Zerfällung deutschen Gebietes erprobt.“ Verheerend ist die Erkenntnis, daß der Völkerverbund auch gar nichts tut, diesem Rechtsgedanken zum Siege zu verhelfen. Er bleibt — an der unglücklichen Oligarchie kann man das lernen — ein Justiz für Sibirien nur unvollkommen, Gerichte verfehlend. „Gerichtswesenheiten“ nur „Verfallene“. Die Sanatiker, die sich sollten auch im innerpolitischen Kampf erkennen, daß der Kulturbereich dem Staate, sondern dem Volkstum gehört. Wie kämpfen wir unseren Kampf für die konfessionelle Schule, das christliche Familien- und Eherecht? Es ist die gleiche Linie, die an der baltischen Grenze das Ostens ein außen- und mehrschichtiges Gesicht bekommt, die Menschheitsfrage gegen Staatsgemäßheit.

### Wie ein Berliner die Grenzpolitik liest.

Der Sonderberichterstatter des Westfälischen Landesparlamentes, Berlin, der an der ersten Sitzung des Reichstages in Berlin, am 12. Oktober, dem Reichstag teilgenommen hat (siehe „Ostland“ Nr. 47, S. 587), gibt eine lebendige Schilderung der erdrückenden Auswirkung der Grenzpolitik, der wir folgendes entnehmen:

„Das Wort ist jedem Deutschen heute geläufig. Es hat immerhin schon von Grenzland gehört. Gewiß, es gibt auch an anderen Stellen Deutschlands Gebiete, die sich an die Grenze anschließen, die so mit hartem Meißel durch ein blühendes Wirtschaftsgelände neu gezogen wurde wie die Ostgrenze? Wo sonst in Deutschland sieht man einjährige Heerstrassen, die Städtebrut und Groben sperren und auf denen jetzt Gras wächst, wo jetzt man Eisenbahnrücken, auf denen einst Güterzüge liefen, und deren Schienen heute abgerodet sind, deren Obstbäume gefallen und deren Weinbau längst von Strauchern überwuchert ist? Wo findet man eine Grenze, die

Wirtschaftsgebiete, die auch heute noch eine Einheit bilden müßten, wenn sie beherrschen wollen, durch eine einseitige Mauer in zwei Teile reißt? Wo eine Grenze, an der der sich höchstens alle 50 Kilometer ein Grenzübergang befindet und wo man Aussicht hat, über den Haufen geschossen zu werden, wenn man an einer Stelle die Grenze kreuzt? Wo gibt es eine Grenze, die sinnlos Felsen aus mächtigen deutschen Strahlen herausreißt und diese Strahlen unbenutzbar macht für beide Teile? Wo eine Grenze, die mitten durch die Dörfer führt, die den Hofhof von Ort trennt, die Kirche vom Dorf, den Stall vom Haus, die Schule vom Dorf, das Dorf vom jenseitigen Acker?

Der Wahnwitz dieser Grenze führt man noch bei anderen Gelegenheiten. Da ist das Dorf, da gibt die Grenze längs durch das Dorf, immer in der Mitte der Dorfstraße entlang. Auf dem Kirchhof scheidet sie die Gräber in zwei Teile, jährlinge Bauern trennt sie von der Feldmark, die Feuerpräge steht auf der polnischen Seite. Die deutschen Bauern auf der polnischen Seite sind längs enteignet und Polen an ihre Stelle getreten. Jüngst brante es in diesem Dorf. Die polnischen Bauern verstanden mit der Feuerpräge nicht umzugehen und leisteten keine Wölbhilfe, die Feuerpräge den Deutschen zu geben, lebten sie ab. Das Dorf hat nur eine Chauffee nach Osten zur einseitigen jetzt in Polen liegenden Kreisstadt. Diese Chauffee ist noch im Dorfe still abgeblüht. Die deutschen Bauern haben nur einige dürftige Gebäudefrüchte in den nächsten deutschen Nachbarorten. Die Chauffeebauern kosten viel Geld. In halber Jahreszeit ist das Dorf verkerbe abgeblüht. Solche Dörfer gibt es viele. Gebaute sah ich in großer Zahl, denen die Grenze die Ställe vom Hofe trennte und sie an Polen wies. Jedemals, wenn die Pferde eine Jahre auf deutscher Seite mahlen sollen, müssen sie erst einer tierärztlichen Untersuchung unterworfen werden. Die Fieber liegen auf polnischer Seite. Nur bei Regenlicht darf der Bauer sie betreten. In der Sommerzeit kann er sehen, wie die Enten von den Polen gelohben wird, ohne daß er über die Grenze darf, um sie daran zu hindern.

Man lag Städte, um die die Grenze sich auf drei Seiten wie ein Würbelband legt. Fünf Minuten von einer dieser Städte liegen drei reiche Bauernhöfe, die jetzt zu Polen gehören. Alle diese Bauern kaufen heute in der Kreisstadt an anderer Stelle in dieser Stadt. Jetzt dürfen sie nicht mehr über die Grenze und müssen 31 Kilometer zur nächsten polnischen Stadt zum Markte fahren. Hinter jeder deutschen Stadt liegen andere, denen das Hinterland seit langem als Wirtschaftsgebiet gehört. Also ist diese Stadt zum Lode verurteilt. So stehen denn jetzt heute im Zeichen der Wohnungsnot dort jahrelange Wohnstätten, die den Dörfern einen Anreiz geben, die Grenze zu überqueren. Den Anreiz aus der fünf Minuten entfernten deutschen Stadt lösen lassen, sondern aus der 31 Kilometer entfernten polnischen Stadt. Der Verlust gibt es viele. Raum 40 Einwohnern pro Kilometer gibt es nur noch im Osten, und der Abwanderung Ende ist noch gar nicht zu sehen. Die Polen führt. Der Landeshauptmann der Grenzmark Posen-Westpreußen sprach es deutlich aus. Alfred Ungemart Wendt.

## Der Dank der Vertriebenen.

Die über Seinemalende angenehmen Mühlflüsse haben an Reichsregierung und Volk in einem Schreiben ihren Dank für die billigerweise Aufgabe, die sie in Deutschland gefunden haben, zum Ausdruck gebracht. Einige Sätze sollen hier folgen: „Mit schmerzhaftem klopfenden Herzen fanden wir am 2. Dezember auf dem Verden des russischen Dampfers „Alexei Rykoff“ und erwarteten den Augenblick, der uns glücklich an deutsches Land bringen würde. Wie nicht man uns in Deutschland wohl begehren? Im Aufnahm wurden wir als Feinde, hier als Freunde, ja, noch mehr, als Brüder behandelt. Wir fühlen es, wie werden geliebt, man sucht uns das Leben angenehm zu machen. Ja, wir sollen uns erholen von all den Unruhen und Ängsten, die wir in letzter Zeit durchlebt haben. Erst mit uns wird ein Aufnahm nicht gefühllos gemacht. Wir empfinden dankbar die Wohlthat, die in unruhen verwundenen Herzen und Gemütern träufelt. Darum können wir nicht anders, als mit bewegttem Herzen der deutschen Regierung und dem Volksgenossen, die so rührend an unserem Geschick teilnehmen, unseren innigsten Dank zu sagen für das große Liebeswerk, das sie an uns tun. Wir sind zu so fern, um dies dankbar zu sagen zu können. Doch eins können wir tun. Wir flehen von Herzen den Segen des Allerhöchsten erbarmen über Deutschland und sein Volk. Frieden und Wohlstand möge dem deutschen Vaterland beschicken sein. Das Sprichwort: „Wohl tun bringt Gutes“ möge sich auch an Deutschland erfüllen. Wir fühlen uns glücklich hier in Seinemalende.“

bringt Gutes“ möge sich auch an Deutschland erfüllen. Wir fühlen uns glücklich hier in Seinemalende.“

Um Hammerstein weiter zu erläutern, wird auch das Mädeln Lager in Kholm mit etwa 1000 Flüchtlingen anbetet. Die ehemalige Leiter, offizierliche, die eine Zentralbürosanlage besitzt, ist für die Unterbringung hergerichtet worden. Die im Auswanderungsheim der Sopog befindlichen Kolonialfamilien werden gleichfalls in Malm untergebracht. Sam Oster dieses Voglers wurde Major a. D. Kirchslein ein befehlender Einzug der baltischen im Hammerstein Lager die Abschied von der Verhaftung eines englischen Spiesels herbeigeführt. Es ist durchaus möglich, daß die Sowjets verurteilt haben, einige Agenten unter die Flüchtlinge einzuführen, um sie zu verhindern, daß diese im Auslande schlechte Nachrichten über die Zustände im Sowjetparadies verbreiten, und um sie eventuell zu einem Antrag auf Rückführung nach Russland zu veranlassen. „Um allgemeinen bilden aber die Kolonisten so felt in sich, daß sie menschlichen, daß es einem Auswärtigen sehr schwer fällt, bei ihrem Eingang und Gebör zu finden. Der Verhaftete ist, da ihm nichts nachgehoben werden konnte, wieder freigelassen worden. Die Ergebnisse der letzten Jahre waren für die Koloniallandwirtschaft so hart und niederdrückend, daß es keiner Schwärzerei bedarf, um jedem die Welt zur Rückkehr zu nehmen.“

## Unbestrafter Verrat an Deutschland.

Herr Konrektor i. R. Paul Paatzold, früher in Reutomsfeld, jetzt in Berlin, hat seine im Selbsthört (Berlin O 17, Mühlberg, 58) herausgegebene Broschüre „Wie Reutomsfeld polnisch wurde“ nunmehr in zweiter erheblich vermehrter Auflage erscheinen lassen. Dieses Büchlein mit seinen als Anlagen beigefügten Urkunden und Beschreibungen bildet einen der wertvollsten Beiträge zur Grenzlandgeschichte in der Provinz Posen. Was er schildert, ist für empörend und ungläubig, daß man versucht sein möchte, an Unüberwindlichkeit zu glauben, wenn nicht von den verlassenen Seiten ganz unüberlegliche Beschreibungen vorlägen und wenn nicht die

Beschreibungen dadurch, daß sie bisher keine Klage gegen den Verfasser erhoben haben, gegeben hätten, daß in der Tat die aufgestellten Behauptungen nicht zu widerlegen sind. Es ist eine Schande für das Deutschland, daß sich in jenen schweren Schicksalstagen Vertreter an unserer Heimat und am ostmärkischen Deutschland, wie sie hier an den Pranger gestellt werden, gefunden haben. Zum Glück sind es Ausnahmefälle. Der Verfasser Dr. Paatzold, ein deutscher Referentoffizier, des Veters A. Anderson und des Gymnasialprofessors Werner, beim Ausbruch des polnischen Aufstandes und in der Zeit der folgenden Kämpfe. Beide waren damals als Offiziere



über dem Staat, der Wirtschaft, der geographischen Umwelt und Sprache. Das deutsche Volkstum ist keine fahle Einheit. In diesem Volkstümlichen Spiele der Heimatgedanke eine wichtige Rolle, aber der die Volkstümlichkeit über die Grenzen hinaus, die Stammesart gebe über den Heimatgedanken hinaus. Es gebe keine Weltbildung, sondern nur eine individuell völkische Bildung. Es gebe auch keine weltbürgerliche Geistigkeit im allgemeinen, sondern eine völkische Geistigkeit im besonderen. Es gebe eine deutsche, englische, französische Bildungsrichtung. Es sei gar nicht möglich, sich international über eine Sache zu unterrichten. Der Redner stellte die Völkensysteme einiger Völkstumler einander gegenüber und fand das Wesen des Deutschen darin, daß er jede Sache um ihrer selbst willen tut und an etwas Absolutes und Ursprüngliches glaube. Die Zukunft des deutschen Volkstums in den abgetrennten Gebieten werde wesentlich davon abhängen, ob wir es im Bewußtsein seiner Kraft und Stärke erhalten können. Nach seinem Dankwort des 1. Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

**Ortsgruppe Kolberg.** „Wir sind maßvoll und innig unter Schutz singt, hört, bu Deutschland, das Lied, das aus dem Osten klingt.“ Mit diesen Worten begrüßte am 19. Oktober Herr Vöhrer C. H. o l s die erschienenen Gäste und Conduits auf dem dem gemischten Chor der Ortsgruppe veranstalteten ostmärkischen bunten Abend, einem Wechselabend für den gemischten Chor, nicht nur unter den Ostländern selbst, sondern ganz besonders unter der ortsanjahigen Bevölkerung in der das Danken an die abgetrennten Gebiete mangelhaft werden muß. Um der Vergesslichkeit und Oberflächlichkeit, die keinen Gedanken an die Ostmark aufkommen lassen, entgegenzutreten, sollte daher der gemischte Chor die älteren und besonders die Jugend zu einem Gesangsabend mit ostmärkischen Liedern einladen. Der Abend sollte ein gelobtes Stille herrsche in dem gemischten Saale, als der gemischte Chor nach der Begrüßung „Erde fließen Weichselfluten, grüßend Graubrun, Kalm und Ebnen“ unter der bewährten Leitung des Lehrers Stücke vortrug. In verschiedenen andern Liedern, in kurzen Gesangsduetten, in „Polenliedern und in lustigen Erwauffritten kam unwillfährig die Gedanke an das Verlorenen zum Ausdruck, überall löste ein lauter Wehrakt durch und versuchte besonders die jugendlichen Seelen zu begeistern und zu entzünden. Am Schluß erschienen drei westpreussische Wanderburlesken; sie berichteten von ihren Fahrten durch den Weichselkorridor in bekannten Pöden und ernteten stürmischen Erfolg, erliefen aber dem Lied von den polnischen Völkern: „Und sie werden wieder marschieren und helfen uns Schweiß.“

#### Landsverband Westpreußen.

Die Ortsgruppe Elbing hat am 12. Oktober ihren zweiten Kulturabend gegeben. Während der erste Abend in derangenen Jahr dem Volkstümlich, seinem Wesen und seiner Pflege galt, so war der zweite Abend der Musik und dem Wort in der Hand gewidmet. Die vielen Zuhörer, die sich im Saal der Bürgerelocution eingefunden hatten, waren mehr als nur ein dankbares Publikum. Nachdem Annemarie Fägel den Abend mit einem Vortrag eingeleitet hatte, spielten Musikdirektor Bruno W e r t m a n n und die Sonate S. Op. 24 von Beethoven. Das Publikum spendete reichlich Beifall. Mit einem Beethoven-Menuett, mit Dittersdorfs „Deutschem Tanz“ und mit einem Jünglingsstücken von Rabe wurde der Erfolg der Sonate noch überboten. Cabellos war die Charakteristik der vorerwähnten Gänge herausgearbeitet. Wirklich sinden denn aber auch einzelne Effekte, z. B. in „Reise“ Brauordnungen. Die umfangreiche Völklichkeit des technischen Könnens und die laudliche Auffassung und Weisheit der Werke waren ein besonderes Verdienst des Musikdirektors Wernicke. Die Herren Otto M a r k u s j und Herbert H a n s e l i k spielten zunächst einen Satz von Johann Sebastian Bach, dann aus einem Cellosonett von G. H e i t e r m a n n die „Einöde und Wüstheit“ Robert Schumanns „Kümmern“. Am Ende der Abende gab es ein interessantes Schacherebrochte ernte und herrliche Vorträge: „Aenes Barbers „Marienburg“, „Märchen vom Glück“, mit großem Erfolg. Für alle ist der Feierabend eine Stunde der Freude, der Andacht und der Sammlung gewesen. Somit war dem vom Deutschen Ostland angestrebten Ziel ein erhebliches Maß nähergerückt, und der alljährig ausgerichtete Saal wird der Leitung der Ortsgruppe Elbing Mut und Hoffnung zu neuen Taten geben.

#### Landsverband Ostpreußen.

Ortsgruppe Königsberg i. Pr. Je der Jahr führt befahten Monatsversammlung am 7. November hielt der Landesverbandvorsitzende Dr. A n d r e a s ein Lichtbilderortrag über „Reiseindrücke aus den ostbaltischen Staaten“. Eine länderkundliche Darstellung der Randstaaten Litauen, Lettland, Estland und Finnland zeigt heute um so mehr, als diese Länder gegenwärtig ganz anders als bisher in den Augen der Ostpreußen erschienen sind. Getreten sind. Dies gilt, so führte Redner aus, zunächst von Finnland, seitdem Deutschlands heroerroagender Anteil an seiner Befreiung Ursache wurde zu erblicher Vertiefung der alten Grenzhaft, welche diese Länder schon vor dem Kriege verband. Das Bild, welches eine Darstellung des finnischen Finnland dem Beobachter bietet, ist trotz und trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Krisen ein so allgemeines Schicksal der Nation und Zukunft betreffendes. Zwar handelt es sich bei der Bevölkerung des Landes nur um eine an Zahl kleine Gruppe der Menschheit, aber es ist ein aufwärtsstrebendes Jungvolk. Was Finnland an Kultur besitzt, verdankt es zunächst in der Hauptsache dem hochbedeutenen Nachbark der Schweden. Der schwedische Einfluss als erfinder und aufrechter Stamm Finnlands ist an der glücklichen Weiterentwicklung dieses

Landes in hohem Maße interstellig. Auch kommt erhöhte Gegenwartsbedeutung Estland und Lettland zu. Spierte doch in beiden Ländern das Deutschtum jahrhundertlang eine heroerroagende Rolle, die es nach dem zu erforschen Anstreich die gegenwärtigen nationalen Gegensätze auch in Zukunft wieder zu lösen verufen dürfte. Zusammen mit Ostpreußens Nachbarstaat Litauen werden die genannten drei Randstaaten dazu berufen sein, die Brücke zu bilden zwischen uns und dem Resten der Zukunft. Eigene Schulbildungsinahmen von Stadt und Land, insbesondere von dem „Land der tausend Seen“ vertiefen den Einfluß der Ausprägungen. Der interessante Vortrag fand reichlich Beifall.

#### Landsverband Sachsen-Anhalt.

Ortsgruppe Delitzsch. Am 19. Oktober feierte die Ortsgruppe ihr 9. Stiftungsfest. An ein gemächliches Essen schloß sich der offizielle Teil. Hr. V e t t e r - D e l i t z s c h trug einen Vortrag vor, der von dem Kreispreisträger von 1927 Gerhard M a n z e l, einem Sohn der Ostmark, dem Herrin zu seinem Feste zugeeignet worden war. (Am 24. Oktober 1911 im Dresden. Schaufhausgebäude die Premiere von Gerhard M a n z e l s neuem Werk „Sera Oh! Hatt“). Hr. S a n g l e r brachte dann in packender Weise das Gedicht „Am Stühlinghsolger“ zu Gehör. Der Verein hat in den beiden Damen, die sich immer in so liebenswürdiger Weise zu diesen Festen zur Verfügung stellen, heroerroagende Helferinnen gefunden. Herr Lehrer C. K o p f - W e r b e l n trug „Kreuz und Schwert“ vor. Hr. S a n g l e r leitete die heroerroagende Preisangelegenheit der Vorlesenden, Willi S c h m i d t in Deutsch und Herrin und endete mit einem Hoch auf das Deutsche Reich. Herr S c h m i e r t erfreute durch humorvolle Beiträge.

#### Landsverband für beide Mecklenburg.

Die Ortsgruppe Rostock hielt am 13. Oktober ihre Vierteljahresversammlung ab, die auch von Mitgliedern auswärts Rostocks gut besucht war. Um geschäftlichen Teil wurden die Randarbeiten Nr. 5 und 7 der Bundestagung verlesen, die Schritte der Leitung in der Entscheidungsfähigkeit geübt und der Kassenbericht vorgelesen. Hr. Oberleitungsleiter S e i k e berichtete über seine Eindrücke während seiner Reise im letzten Sommer nach Polen, denen die Anwesenheit mit großem Interesse folgten. Über das Chemnitz, Siedlungsangelegenheiten in Baltikum und Wolgaregion sprach ebendieses Mitglied Herr Dr. med. v. S i e t e r, Kröppin, der es verdiente, die Verbindung mit seiner Ausübung zu helfen. Hr. S i e t e r leitete ein gemächliches Zusammenkunft. Die Rostocker Sittenhaft hatte sich in liebenswürdiger Weise betätigt, je eine Damen- und Herrenzange am Neck und Barren zur Verfügung zu stellen. Von fünf jungen Damen des Vereins wurde der Einakter „Fräulein Sühnerlein und der Bock“ vorgelesen. Hr. S i e t e r leitete die Bundestagung. Die Monatsversammlung hat der Vorlesenden berichtet über den Symplicentag in Berlin ausführlich. Hieran schloß sich ein Bericht des 2. Vorsitzenden, Herrn R i e d e l, über seine Anbahnung in Polen anlässlich seines Besuchs bei Herrn Eltern im August 1928. Beiden Rednern folgten die Anwesenheit mit großem Interesse.

#### Landsverband Westarkente.

Die Ortsgruppe Kiel beging am 9. November ihr 9. Gründungsfest. Nach einleitenden Musikvortrügen sprach Sräulein W e i s e r t i e n d r u c k e m a u f der 1. Vorlesenden. Kontrakt W r o t s c h, Prius 58, die Feitride hielt. Ausgehend von der Ursache des Zusammenstoßes vor 9 Jahren, gedachte er der unfähigen Schmerzen und hingebungslosen Arbeit im Interesse der Geschädigten und der unermüdlichen Aufklärungsarbeit des Ostlandes, der es in erster Linie zu verdanken sei, daß im Auslande die Stimme sich mehrten, die die Befreiung der unermüdlichen Grenzregulierung in Offen müßten und daß sich im Reich immer mehr die Überzeugung Bahn breite, daß Ostland Ostdeutschlands Teil sein. Große Aufgaben sind noch zu lösen, der Kampf ist fortzuführen, den Deutschland seit Jahrhunderten kämpfte um den Bestand seines Volkes und um den Bestand seiner Erde. Den Ausklang der ersten Beirat und des deutschen Vaterland und das Deutschland. Darauf wechselten Gesangsnummern und Musikstücke miteinander. Absonders heroerroagend zu werden verdienen die Solofolänge und Duette der Damen Sr. G ü n t h e r und Sr. O r n e. Ein humoristisches Singspiel erntete starken Beifall. Ein Ball erlosch das stimmungsvoll verlaufene Fest.

#### Landsverband Süddeutschland.

Die Ortsgruppe Freiburg i. Br. (Soc. Rektor a. V. Fr. S c h e n e r, Juliusstr. 72) veranstaltete am 5. November einen Vortrag aus dem Einleitenden Lichtbilderortrag über den Bau des Berges- und Bildhauer Walter M o m b e r t den Kunstsinns und Handelsstreit, die landschaftliche Schönheit und geistige Tätigkeit der Hausstadt Danzig in Wort und Bild zeigte. Das Lob, oft reich mehrere Follendmehrbau und die Weichsel, terrassenartige, zum Teil künstliche Vorbauten, wie man sie besonders in der Jopengalle und der Kreuzgasse und in der Gasse des Berges- und Bildhauer Walter M o m b e r t s Rathaus mit seinem heroerroagenden schlanken Turm und das mächtige Langgalef. Architektonisch beherstet wird das alte Danzig durch die Anklänge an die niederländische Renaissance und durch den Danziger Barock. Das Weichseln Danzigs und die mächtige St. Marienkirche, eine der größten Kirchen Ostdeutschlands mit stimmungsvollen, ein Kollateralwerk nordischer Baukunst, an dem 150 Jahre gebaut

wurde. Der Fischmarkt, Kirchen, Klarnen, Brücken und Gasse, die Tankammer (mit Museum), der Baumgarten, der Dorell mit araz (Siffler), das Ulfenbushaus mit Ulfenbusch mit der Danziger Heide, die alten Straßenspeicher an der Mottow, das alte Stadthof, Zeughaus u. a. m., die im Verein mit dem vornehmen Patrizierhäusern Danzig eine eigene Note zumächlichen Aufstiegs und Vorbildes geben. Daneben großzügig und modern das neue Danzig, das in seinem Festgebiet und in dem nachgeschafften Umkreisgebiet in Westfalen das modernsten Ostpreußen Europas besitzt. Dazu die paradiesische Umgebung und Landschaft. Absteher nach Danzig, dem Oligarchen, nach Sopot u. s. w., vermitteln Einblicke reispoller erholter Schönheit. Kommt nach Danzig!

### Grenlanddeutsche Adventsfest.

Als Anlaß der Annahem einer Reihe grenlanddeutscher Vätervereine in Berlin hatte unser Hauptpostenmitglied, Herr Direktor Schaffen, zahlreiche führende Persönlichkeiten des Grenlanddeutstums zu einer stimmungsgünstigen Adventsfest in seinem Heim geladen. Vertreter der Behörden, Parlaments und freien Organisationen, sowie der Bischöflichen und des Verlagswesens begrüßte der Gastgeber in herzlicher Ansprache, zugleich die Verbundenheit aller deutschen Grenzmarken betonen. Frau Direktor Schaffen, auf deren schriftstellerisches Werk in unserer Frauen-Weltzeitsung hingewiesen wurde, bot zusammen mit ihren Kindern im Schein der Adventskerzen eine Geste von Gedächtnis, die Herzen ergreifender Danziger, die Gelegenheit fand, sich für die Sorgen des Grenlanddeutstums untereinander ausführlich zu besprechen, schiedem mit aufrichtigem Dank; der Deutsche Ostbund war durch die Herren von Ulla, Geheimrat Schmid und Dr. Vidtke vertreten.

### Januarfestspiele im Berliner Festing-Museum.

Das Berliner Festing-Museum veranstaltete am 12. Dezember d. J. in seinem Vortragssaal ein Gedächtnisfest für die tausendjährige Ostmark. Dr. Franz Ebelke sprach über die maßvolle Geschichte der Ostmark, deren endgültige Jurisdiktionseröffnung vor 1000 Jahren begann, und erläuterte ihre Bedeutung für unser Völkchen. Er zeigte, wie die Ostmark politisch wie geistigsgeschichtlich dem Mittelstand ihren Dank abgabte hat, indem die großen geistigen Freiheitsbewegungen von hier ihren Ausgang nahmen. Das literarische Werk der großen ostpreussischen Persönlichkeiten seit Kopernikus bis zur Gegenwart wurde erläutert. Daran schloß sich die Vorlesung aus Werken ostmärkischer Dichter der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart: Carl Busse, Hermann Eins, Paul Döbermann, Herbert Vipp, Franz Mähke, Sieb Rubinig, Carl Lange, Wilhelm Müller-Villendorfer, Heribert Menzel (der anscheinend von den Hörern fremdlich bezeichnet wurde) u. a. m. Dr. Ebelke trat ferner aus seinem Roman „Das Jahr der Heimat“ das Kapitel „Altehdie“ vor. Die aus dem Weichsel-Gebiet stammende, in Berlin anlässlich Konzeptionsfeier Helwig Giesler tabnte den Festvortrag durch ostmärkische Lieder ein: Rab Ostland wollen wir reiten, Val, Bergberger, Simon Doh, Ehr. Günther, Eichenborff, Sch. W. u. d. Die gefamten Vortragstagen erstzten letzten Feiljahr und wurden auch in den Berliner Sitzungen mit größter Anerkennung genüßigt.

## Ostmärkische Heimatnachrichten.

### Personliches.

#### Vandkrankenkaassenband Anton May 10 Jahre alt.

Der pensionierte frühere Vandkrankenkaassenband des Kreises Barent, Wilhelm Anton May, geb. am 18. Dezember 1870 in Anton May burstag, M. war von 1883-1900 in Barent, mo er nach 16 Jahr unter polnischer Herrschaft Dienst tat und als einer der letzten preußischen Beamten die Ostmark verließ. Geboren wurde er in Schmiegel (Polen). Die Familie May seit nachweisbar über 300 Jahre in der Provinz Posen. Von 1900-1912 war Anton May Stadteroberster in Barent, mo er für die Schaffung eines neuzeitlichen großen Armenhauses sorgte. Er gehörte zu den Gründern des Deutschen Ostmarkenvereins in Westpreußen. May gehörte immer zu den markantesten Persönlichkeiten, die für das Deutstium in Barent kämpften. Sein beständigstes Lebenswerk war die Gründung der Barenter Ostmarkenbücherei, die mit ihren 9000 Bänden die reichste in dieser Art in Barent war. 1900 wurde die letzte neuzeitliche polnische Vertreter aus dem Barenter Stadtparlament wählten; den Sieg über den letzten Polen trug May persönlich davon. Unbegrenztem Vertrauen und große Liebe genoß er bei der Kolonialistischen Völkervereinigung, für die er nur der „Pan“ war. 1920 wurde er zu Vandkrankenkaassen des Kreises Danziger Höhe nach Danzig versetzt und 1925 pensioniert. Seit mo er in Sopot wohnt, mo sein Sohn als Stadteroberster im Kampf für Deutstium steht.

#### Singapurier Altkampf abgeht.

„Auf dem Flug nach Manila nach Berlin hatte das Arabo-Spanisch-Museum „Santrifia“ auf der letzten Westküste dessen dichten Nebels die Orientierung verloren. Bei dem Versuch, sich durch Nebensicht zu orientieren, stieß das Flugzeug bei einer Flughöhe von 170 bis 180 Km. auf den Wolken und ging in Trümmer. Während der Bordmonteur mit Besetzungen absteigen, konnten der Pilot, Sing-

kapitän Altkampf, und der Expeditionsteiler v. Schroeder nur als Leichen geborgen werden. Der auf 10 tagelange Reise von Barent gekommene Sieger stammt aus Zielanig in Ost-Brandenburg, mo er auch auf Wunsch seiner Angehörigen vor letzten Ruhe geleistet wird. Die Leichname verliert in ihm einen ihrer erfährten Piloten jahre-reicher Vandalenfestspiele.

**Jubiläum:** Der Bezirksförstereileitungsleiter Oskar Schledt in die Ebingen, Kreis Cella, früher Pilla in Polen, am 1. Januar 1909 sein 25jähriges Meisterjubiläum.

**Verheiratet:** Fr. Cotta Rapp, Tochter des Kreisförstereileiters Rapp in Stolp (Polen), mit dem Kaufmann Otto C. u. l. u. l. Sohn des Buchhändlers Oskar Eickel, früher in Pilla (Polen), jetzt in Stolp (Polen).

**Verheiratet:** Kaufmann Hugo Berkafsky, Sohn des Wessensmeisters a. D. Hermann W. in Erfurt, fr. Bromberg, und Fr. Elisabeth G. u. k., Tochter des Hebrers S. in Torun bei Galle, fr. Skorken bei Danzig.

**Verheiratet:** Schulbuchverleger Karl Kirch in Wandenburg; das Paar ist 13 und 10 Jahre alt.

**Verheiratet:** Oskar: Rentner Karl Kötze in Saganau (Schlesl.), früher Polen, Buchhändler, am 4. 1. 30 75 J.; Direktor Wilhelm Fregler in Berlin-Mariendorf, früher Beamter im Gas- und Wasserwerke Mariendorf, am 2. 12. 80 J.; Frau Wilhelmine K. u. k. p. r. g. in Heintzenberg, Ber. Breslau, früher Oberlehrer bei Bus in Posen, am 6. 12. 85 J.

**Verheiratet:** Dr. Heiner C. u. k. u. k. in Groß-Wienieken, Kreis Zempelburg, am 8. 3. 87. Mo. war der älteste Weiber im Dorfe, er hatte mehrere Ehrenämter bekleidet, war 35 Jahre lang Gemeindevorsteher und 30 Jahre lang Schulinspektor. Einmal G. u. k. p. r. g. in Pilsen (Schl.), früher Krause a. Dr. am 5. 12. 78 J.; Witwe Pauline K. u. k. o. k. in Berlin-Kempner, früher Schulin, am 17. 12. 94 J.; Frau Auguste Schlieske, geb. Gies, in Schneidemühl am 17. 12. 84 J.; Straßenmeister Franz Riendorf in Weiden (Mark) am 20. 12. 55 J.; Hilfsbetriebsleiter Walter C. u. k. in Frankfurt a. d. O., 21. 12. 51 J.

### Aus der geranten Ostmark.

**Soltau.** (Zu den Wäldern auf Seiten 645 und 646.) Es war nichtrechtlich entrindete Stadt hat nur kurze die letzten Spuren der Gerändlung durch den Kuffenallin beileigt. Das Rathaus war damals teilweise zerstört worden; das Dach, die seitlichen Aufbauten und Eckfenster sind erneuert. Von der Kirche blieben nur die naktigen Mauern stehen. Sie ist bis auf die Innenrichtung wiederhergestellt. Ein Beweis des starken Aufstrebens der Deutschen im entziffenen Gebiet.

### Aus der deutschen Ostmark.

**Silberneber.** Die größte Straßenbrücke Deutschlands dem Vorkerk übergeben. Zwischen Landsberg und Küstrin überbrückt eine neue Brücke, deren feierliche Vorkerkübergabe kürzlich erfolgte, das Vorkerk. Sie wurde bei Silberneber errichtet, überbrückt dort den Vorkerklauf und das Vorkerk-Torlauf. Das häufige von Vorkerkbauern heimgeleitet und dann anpassbar ist. Das gesamte Bauwerk beileigt diesen Uebelstand, erschließt das unter Vorkerklauf und stellt eine Verbindung der walden den Kreisen Landsberg und Ostfriesland und in Erweiterung damit von Norden aus Pomern nach Süden bis Schifflin hinunter. Zu gleicher Zeit wurden neue Straßen durch das Vorkerk gelegt.

**Frankfurt a. O.** Der dem hiesigen Schwauregericht wurde der Prozeß gegen den Landwirt D. e. k. t., der im Oktober 1919 seinen Vater ermordet und in einer nahen Schenung in der Nähe des Dorfes verhaftet hatte, durchgeführt. Dieikert wurde wegen Körperverletzung zu 18 Monaten Gefängnis, 3 Jahre 3 Monate Gefängnis verurteilt; die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm für ein Jahr entzogen. Der Vorsitzende, Vandgerichtsdirrektor Siebert, führte in der Begründung aus: Die Aufklärung der Tat, die namentlich zehn Jahre rückwärts, ist nicht ganz gelungen; da keine Aussagen vorhanden sind, unterstellt das Gericht das Verständnis des Angeklagten an der Wahrheit anzunehmen.

**Marienberg.** Fr. Gerberg Sommerfeld hat im Ostpreußischen Kreisgericht in Königsberg die Prüfung als Kreislehrerin bestanden. Die Leistung ist um 10 höher zu bewerten, als Fr. S. erblendet ist.

**Schneidemühl.** Durch ein Vermögen des Fr. W. D. K. (Frankfurt) hat das Deutstium im Auslande in letzten Herbst in der Grenzmark Posen-Westpreußen 10 000 M. aufgebracht, 2000 M. mehr als die Vermögen des Vorjahres erbracht hat.

**Wahlstat.** Der Schüler der Oberkonkurrenz des Realgymnasiums Hermann Weyer aus Rornik (Provinz Posen) ist freiwillig aus dem Leben geschieden. Bis bei Schulzeitung mittel, liegt die Annahme nahe, daß der 15jährige Junge, der seine Eltern seit einem Jahre nicht gesehen hat, aus Heimweh seinem Leben ein Ende gemacht hat. Der Jellist weide, einplanungsche Schüler, der sehr an seinem Elternpaar hing, konnte nur selten seine Heimat aufsuchen, da die Ausreisung eines Polles bei den polnischen Behörden ein rechtliches Aufschub Schwauregerichtes Riß. Auch diesmal hat die Staatsanwaltschaft bereits am 1. Oktober dem polnischen Konsulat in Breslau einen dringenden Antrag vorgelegt; nach zwei Monaten nur darauf noch keine Antwort eingegangen.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beiträge „Ost-Archiv“ 16 Seiten.

Heute morgen 5 Uhr entschloß ich mich nach langem, schwerem, mit Gebuld ertragenem Leben unserer liebe, gute Mutter, Schwäger, Schwägerin, Großmutter und Tante,

**Frau Ottilie Hellwig**

geb. Günther  
im 69. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Geschwister Hellwig,**

Deutsch-Opplau, den 19. Dezember 1929.  
(Früher Stielen, Westpreußen.)



**Ostmärker,**

hergeht den

**Ostbundchor**

nicht! Stärkt ihn und seine Idee, das deutsche Heimatlied zu pflegen, indem ihr mittingel! Kommet, Männer und Frauen aus den verlosteten Landesteilen! Bringet Eure Freunde mit! Auch die sind herzlich willkommen. (Kommet alle, alt und jung!)

Jeden Dienstag, 20 Uhr, fangen wir im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Kochstraße 13. U-Bahn, Kochstraße; Straßenbahn 2, 55, 62, 92, 93; Autobus 4, 12.

Am Donnerstag, den 2. Januar ist um 8 Uhr besondere Übungsstunde, da wir am 4. Januar, abends 8 1/2 Uhr auf Einladung des Vereines Heimatreuer Männer im **St. Gärtners** (Bahnhof Kottbus) fangen.

**Polnische Hypotheken,**

**Grundstücke, Forderungen, Wertpapiere etc.**  
verkauft — verkauft

**„MERKATOR“ C. m. b. H.**

Poznań (Posen), Skośna 8.  
Vertragsgeschäft: Verband für Handel und Gewerbe u. v. Posen. Kriemhildstraße 7; Deutscher Anzeigungsverband, Berlin. Alleeufer Refer.



**„Haus Ostland“  
Selchow in Pommern**

**Der nächste Lehrgang für  
Ansiedler u. Bauerntöchter**

beginnt am 15. Januar 1930 und dauert bis 15. März 1930. — Es sind zu zahlen je Monat 45 M. für Unterkunft und Verpflegung und 10 M. für Kursgebühren. — Der Gesamtbetrag von 110 M. ist im voraus zu entrichten. — Insgesamt können 24 junge Mädchen aufgenommen werden. Anmeldungen nimmt entgegen und Auskunft erteilt jederzeit Frau Ruth Heerdegen, Deutscher Ostbund, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43, VI, Telefon Gietzplatz 361.

**Ei!!!**

Verpächte sofort mehr **gutgehend. Kolonialwarengeschäft** mit Landwirtschaft, 20 Morgen, unter sehr günstigen Bedingungen. Auch getrennt zu pachten. **August Grabe, Brest in Sommer.**

Verkaufe

**Hausgrundstück** mit 2 Morgen Land, in Mitte großen Dorfes gelegen, passend für Kräfte, da feiner am Plage. Preis 3800 M., Anzahlung nach Vereinbarung.

**Julius Bohre, Selb bei Galt i. Pom.**

Kleine

**Landfleischerei** mit Viehhandel zu betreiben, an jung. Leute zu verpachten, später zu übernehmen, da kinderlos. **Schäfersmeister Rubin, Wilhelmstraße (Kornbrenn), Bahnhst. Delfsh.**

Alleinstehende

**Dame**

52 Jahre alt, verdrängte Polninerin, noch wohnungslos, sucht bei alt. Herrn oder Dame gegen Zahlung des Haushalts zu führen. Angebote unter 4343 an das Ostland erbeten.

Tüchtiges, anständiges und ehrliches

**Alleinmädchen**

i. Haus, u. Restaurant per 1. Januar 1930 gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften an **Suhr, Dranienburg, Königsallee 41, Restaurant „Großer Kurfürst“** erbeten.

**Milch-**

**geschäft**

tägl. Umf. 370 Liter, als einziges in einer Stadt von 6000 Einw., Grundstück in gut. Lage der Stadt, m. 1/4 Morg. Land, Preis 16 000 M., Anzahl, 8000 M., sofort zu verkaufen. **Dette, Friedeburg (Hannover), Büchenstraße 28.**

Eingerichtete

**Schmiede**

mit Reparaturwerkstatt, neu erbaut, sofort zu verkaufen bzw. zu verpachten. Lage Nieder-schlesien. Nähe Bahnh. u. günstiger Umgebung.

**P. Czerwinski, Gramschh, Rt. Wlogan.**

Beabsichtige, mein

**Grundstück**

nebst 7 Morgen Land unter günstigen Bedingungen im Kreise Friedeburg sofort zu verkaufen. Angebote unter 4343 an das Ostland erbeten.

**3000 u. 7000 M.**

**Hypothek**

auf sichere Stelle für Biegelegrundstück hier- selbst bald oder später vom Selbstegeber gesucht. Offerten erbitet

**Aug. Kubitz, Baugelshöft, Kottbus.**

Allen untern Auftrag-gebern wünsche ich ein

**frohes neues Jahr**

Gleichzeitig danken wir herzlich für die zahlreichen Dankesgaben und Anerkennungen unserer Tätigkeit.

**Ostmärker Aufbau**

C. m. b. H.

**Rechtsschutzabteilung des Deutschen Ostbundes C. V.**

1 e 3 t Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 b.

**Polnische Hypotheken**

Wertpapiere u. Forderungen jeglicher Art kaufen gegen sofortige Barzahlung

Bankhaus

**Kozłowski & Rychlewski**

G. m. b. H.,  
Bygoszcz, Bromberg, Gdańska 14.

Vertreter:

**Gustav Conrads, Min.-Pantow, Malmiempark 4, Telephone: Pantow 598.**

**Ostmärker!**

**Provisionsfrei!**

**Ausnahme-Angebote!**

Preis Anzahl.

75 Morg. Landwirtschaft mit 100 Morg. Pachtland in Weidenburg	45 000	20 000
Windmühle mit Futtermittelhandlung im Wejritz Halle	16 000	8 000
Wasserfälle mit Landwirtschaft in Dippendorn	88 000	20 000
Wohn- und Geschäftshaus in Kreisstadt Schlef.	120 000	45 000
Wohn- und Geschäftshaus in Sachsen	45 000	25 000
Geschäftsgrundstück in Schlefien	30 000	15 000
Wiet- und Geschäftsgrundstück in Baden	35 000	20 000
Geschäfts- und Wohngrundstück in Sax.	66 000	30 000
Wälderegrundstück Nähe Beringsdorf	87 500	15 000
Geschäftsgrundstück in Thüringen	27 800	10 000
Holzwarenfabrik mit Sägewerk in Schlefien	30 000	20 000
Kaufwerk in Hannover	90 000	20 000

Illustrierte Prospekte kostenfrei losbuch

**Roß & Co., Berlin W 10**

Hohenzollernstraße 18

Telephon: B 3, Rollender 58 33

— Postfach 124 —

## Verwertung von Entschädigungs- u. Schuldbuchforderungen

### Beratung, Vorschüsse, Beleihung

Ankauf zu höchsten Kursen und schnellstens durch

**Ostmärker-Aufbau G. m. b. H.**  
Dr. Polke, Bürgermeister a. D. Müller  
jetzt: Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 B II

Tel. Nollendorf 2775.

**Unsere Geschäftsräume  
befinden sich jetzt  
Berlin W 9,  
Potsdamer Straße 22 B II**

Rechtsschutzabteilung des Deutschen Ostbundes e. V.

## Mitglieder!

Bedenkt Euch nach Möglichkeit Eurer Organisation und ihrer Einrichtungen.

### 1. Geschädigtenhilfe

Diese Abteilung hilft den Mitgliedern bei der Verwertung ihrer Schuldbuchforderungen und bei allen damit zusammenhängenden Angelegenheiten.

### 2. Versicherungsstelle

des Deutschen Ostbundes. Sie vermittelt alle Versicherungen zu günstigen Bedingungen.

**Deutscher Ostbund e. V.**  
Berlin-Charlottenburg 2,  
Hardenbergstr. 43. Tel. Steinp. 8031.

## Unsere Szczypiorno-Schrift

72 Seiten, mit zahlreichen Bildern, auf Illustrationspapier gedruckt.

### Preis 2 Mark,

muß jeder deutsche Ostmärker kennen, denn hier handelt es sich um deutsche Kulturdenkmale ersten Ranges gegen die größte polnische Schmach.

Bestellungen erteilen wir gegen Einzahlung von 2 Mark oder Einzahlung dieses Betrages auf unser Postkontonto Berlin 104 728 (Konten-Nr.). Auch jede Ortsgruppe muß das Buch besitzen. Es bietet für Vorträge und Aufführungsartikel in der Presse unerlöschliches Material. Deutscher Ostbund, Berlin - Charlottenburg, Hardenbergstraße.

## Gastwirtschaft

allein in großem Ort, mit Parkettfußboden, Materialwaren, 6 Wg. Land, Gebäude, massiv, sofort für 21 000 RM, bei 10 000 RM Abz. zu verkaufen.

J. Drb, Friedeberg (Neumark), Schulstr. 29.

Verkaufe mein **Fleischergroßgrund** in kleiner Stadtviertelstadt Schlefien. Übernahme kann bald oder bis 1. April erfolgen. Kaufpreis 25 000 RM, Umfang 1929 lt. Büdner 450 Schweine, 92 Kälber, 35 Rinder u. 8 Sammel. **Wilhelm Hanisch**, Roggenau, Kreis Lüben (Schlefien).

## HAUS-GRUNDSTÜCK

in Sommerfeld (Pd.-Laußig) mit Baden und sofort bezugsbarer 3-Zimmer-Wohnung zu verkaufen. 10 000 RM Anzahl. erforderlich. Näheres unter 4380 durch das „Ostland“.

## Polnische Hypotheken

Forderungen, Wertpapiere, Grundstücke in Polen tauflich für das Hypotheken- und Handelshaus Edmund Suwalski, Bydgoszcz (Polen) **Emil Vollenberg**, Bin.-Charlottenburg, Wilmensstraße 46. Tel. Bismard 4863.

## Optiker Stephan

Berlin SO, Schlesische Straße 39-40

Telephon: Moritzplatz 4273

Kostenlose Augenuntersuchung  
Fachmännische Bedienung



Reparaturen sofort  
Elg. Werkstatt im Hause

Lieferant für Krankenkassen  
Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost  
Ostbundmitglieder erhalten 10% Rabatt

### Möbeltransporte



in Berlin und nach außerhalb per Bahn und Automobilen, Wohnungstausch, Lagerung. **Stegitzer Straße 91, Fernsprecher: Lützow 94 u. 6798**

## Grabpflege in Posen



auf unser Friedhöfen vermittelt auf Grund der neuen Friedhöfsordnung nur e unser **Diakonit Poznan ul. Fredry 11**. Auch in allen andern Friedhöfsangelegenheiten wolle man sich nur an dieses wenden.

Evangelische St. Pauli-Gemeinde Posen.

Landsleiter: Bedient Euch Eurer Organisation!

## Schuldbuchforderungen

verwertet zu höchsten Kursen

**Ostmärkische Spar- und Darlehnskasse**  
e. G. m. b. H.

Berlin SW 11, Dossauer Straße 8 II

Sprechzeit 1-5 (außer Sonnabenden). Bei schriftlichen Anfragen Rückporto.

## Rentengüter

50-70 Morgen und größer in Grenzmark und Schlefien, bezeugfertig, mit anteiliger Ernte und Anwenntar bei Anschaffung von 10 000-14 000 RM, niedrige Resthypotheken, 1 Jrethjah, hat abzugeben

Deutsche Ansiedlungsbank, Berlin-Halensee, Seefener Straße 30.

## Preuß. Staats-Lotterie

Ziehung:  
**Lose 4. Kl. am 10. u. 11. Jan.**

Zu haben bei **Staatl. Lotterie-Einnahmer**

**Berlin W 35, Potsdamer Str. 116a,**  
**Stinna**, Ecke Lützowstraße.

früher in Kattowitz, O.B. Tel. Lützow 8981.

Verlag: Deutscher Ostbund e. V., Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 - Fernruf: Steinp. 8031 - Postkontonto: Berlin 104 728. Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Riedel, Berlin-Grünow, Tempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW, Zimmerstraße 73b.

